



GRUNDSTEIN

Säemann

Angriff auf den Sozialstaat



Jetzt redet Ihr
Seiten 4-11

› Sag STOPP, wenn es gefährlich ist!
Seiten 16-22

› Deine IG BAU vor Ort
Seiten 23-25

› Birgit Schorre verhandelt mit
Seiten 26-29



Sylt Arrangement

Zeit, die verbindet - Sylter Frühsommer

09.04. - 21.05.2026

7 oder 9 Nächte in einer
komfortablen FeWo

ab ~~735,-€~~ pro Person

ab **665,-€/Pers.**

Rügen Arrangement

Maifreuden auf Rügen

30.04. - 04.05.2026

4 Nächte in einer
komfortablen FeWo/Studio

ab ~~225,-€~~ pro Person

ab **199,-€/Pers.**

Allgäu Arrangement

Mit Kind & Kegel ins Allgäu

08.06. - 04.07.2026

4 oder 7 Nächte im
komfortablen Bungalow

ab ~~408,-€~~ pro Familie

ab **352,-€/Familie**

Chiemsee Arrangement

Entschleunigungstage im Chiemgau :

*Abschalten & Durchatmen
in der Natur der Berge*

10.05. - 13.05.2026

4 Tage mit Vollpension &
Übernachtung im Doppelzimmer

ab ~~468,-€~~ pro Person

ab **447,-€/Pers.**



Raus in die Natur. Rein ins Glück.

Eure Frühsommer-Arrangements 2026
mit vielen Inklusivleistungen zum
exklusiven Mitgliederpreis. Jetzt buchen!



BONUS
PORTAL



Einfach QR-Code scannen oder unter
bonusportal.gew-ferien.de online buchen
oder anrufen unter **069 138 261-200**

Wir halten den Laden am Laufen

Seit zwei Jahren erlebt Deutschland eine anhaltende Wirtschaftskrise. Tausende Arbeitsplätze gehen verloren, nicht nur in der Industrie, sondern quer durch viele Branchen. Diese Entwicklung trifft Beschäftigte hart, die jeden Tag zuverlässig ihre Arbeit leisten. Sie sind nicht verantwortlich für Fehlentscheidungen in den Chefetagen oder politische Versäumnisse. Doch genau ihnen wird immer öfter die Rechnung präsentiert.

Während Betriebe schließen und Unsicherheit wächst, drücken sich viele Arbeitgeber vor ihrer Verantwortung. Gleichzeitig geraten zentrale Errungenschaften unter Druck. Der Acht-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung, das Recht auf Teilzeit und soziale Sicherheit werden zunehmend infrage gestellt. Statt Lösungen zu präsentieren, wird behauptet, Beschäftigte arbeiten zu wenig und verdienen zu viel.

Wir halten dagegen mit starken Tarifverträgen: In der Landwirtschaft steigen die Einkommen in den nächsten zweieinhalb Jahren um mehr als zehn Prozent. In der Gartenbaubranche gibt es 6,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Beschäftigte der ISS Unternehmensgruppe erhalten Entgeltsteigerungen von insgesamt 5,7 Prozent sowie einen IG BAU-Mitgliederbonus. Und im öffentlichen Dienst der Länder haben wir eine Tarifeinigung mit 5,8 Prozent mehr Entgelt sowie 150 Euro mehr für Auszubildende erreicht. Das sind konkrete Verbesserungen, erkämpft durch unseren Zusammenhalt.

Doch wir wollen mehr. „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ ist das Motto für den 1. Mai. Er ist unser Tag, kein altbackenes Ritual, sondern historisch erkämpft und heute so aktuell wie lange nicht.

Arbeitgeber müssen Verantwortung für den Standort übernehmen. Mit Investitionen statt Verlagerungen und mit Perspektiven statt Stellenabbau. Und wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik. Große Vermögen und Erbschaften müssen stärker zum Gemeinwohl beitragen, damit Investitionen in Infrastruktur und Bildung möglich sind.

Am 1. Mai zeigen wir gemeinsam, wer den Laden am Laufen hält.



Foto: IG BAU/Tobias Seifert

Robert Feiger,
Bundesvorsitzender der
IG Bauen-Agrar-Umwelt

Impressum

Nr. 2 • April/Mai 2026

Magazin der IG Bauen-Agrar-Umwelt
77. Jahrgang
D3361 ISSN 0432-7519

Herausgeber:

IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand, Robert Feiger

Anschrift:

Redaktion
„Der Grundstein/ Der Säemann“
Olof-Palme-Straße 35
60439 Frankfurt am Main

Tel.: 069 95737-126

E-Mail: grundstein@igbau.de

Chefredakteur:

Tobias Wark, Abteilungsleiter
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit
(verantwortlich im Sinne des Presse-
rechts)

CvD: Christiane Nölle

Redaktion: Melanie Kieffer,
Hanna Bochmann

Redaktionelle Mitarbeit:

Cordula Binder, Frank Tekkiliç

Titel: zpluz

Verlag, Druck, Versand und Anzeigen:

Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann,
www.zpluz.de, Frankfurt am Main

Beilagen:

PGH Media Hasenbank, Hanau

„Der Grundstein/ Der Säemann“ ist für Mitglieder der IG BAU im Beitrag enthalten. Für Mitglieder aus der Forstwirtschaft erscheint als regelmäßige Beilage die gewerkschaftliche Fachzeitschrift „Forstliche Mitteilungen“. Das Papier, auf dem „Der Grundstein/ Der Säemann“ gedruckt wird, ist FSC zertifiziert. Das FSC-Zertifikat (Forest Stewardship Council) steht dafür, dass das Papier aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen stammt. Es ist einer der weltweit anerkanntesten Nachhaltigkeitsstandards für Holz- und Papierprodukte. Die im „Der Grundstein/ Der Säemann“ veröffentlichten Anzeigen und Beilagen stellen weder ein Leistungsangebot noch die Meinung oder eine Empfehlung der IG BAU dar.



Schwerpunkt

4 Angriff auf den Sozialstaat – Jetzt redet Ihr

Näher hingeschaut

12 Mach Dich stark mit uns!

14 **Kurz und bündig**

Arbeits- und Gesundheitsschutz

16 Sag STOPP, wenn es gefährlich ist

23 **Aus Deiner Region**



Bei allen Fragen rund um Deine IG BAU-Mitgliedschaft wende Dich bitte an Deine Region. Die Kontaktdaten findest Du auf den Seiten 23 bis 25.

*Eine*r von uns*

- 26 „Ich wollte mit an den Verhandlungstisch“

Einberufung

- 30 24. Ordentlicher Gewerkschaftstag

Saisonarbeit in Deutschland

- 31 Bericht legt Missstände offen

Mitbestimmung

- 32 „Wir geben alles, nur nicht auf“

Branchen

- 35 **Landwirtschaft**

Zehn Prozent mehr Einkommen

Gebäudereiniger-Handwerk

Glückwunsch

ISS Facility Services Holding GmbH

IG BAU-Mitglieder haben mehr

Bauhauptgewerbe

Jede Menge schwarzer Schafe

Ziegelindustrie

Zwei Abschlüsse



Foto: zplusz/ Das FotoARTeiler

Politik

- 38 Tariftreuegesetz beschlossen

Gesellschaft

- 40 Keiner von uns?

Mitmachen

- 41 Senior*innen: „Donaugenuss“ pur
42 Frauen: Mitbestimmen – der Schlüssel zur Gleichstellung
43 Junge BAU: Tarif-Update – Änderungen für Azubis

Forum

- 44 Informatives/Kinotipps
Veranstaltungen/Recht

- 46 *Buchtipps, Rätsel*

- 48 *Unsere Leistungen*



Foto: Adobe Stock



**Steffen: „Eine Frechheit
und ein Schlag ins Gesicht
aller Beschäftigten.
Hier werden die Pfründe
der Reichen verteidigt.“**

Jetzt redet Ihr

In den vergangenen Monaten wurde heftig über Arbeitszeit, Krankenstand und Sozialleistungen diskutiert. Beschäftigte stünden zu oft in Teilzeit, meldeten sich zu häufig krank, arbeiteten nicht genug – so lauten die Vorwürfe. Kaum eine Woche verging ohne neue Forderungen nach „mehr Leistung“ und „mehr Eigenverantwortung“. Doch in dieser Debatte kommt die Lebensrealität der Beschäftigten kaum vor.

Scharfmacher in der Debatte um den Sozialstaat

Mit markigen Worten haben führende Unionspolitiker die Debatte über Arbeit und Sozialstaat angeheizt. Bundeskanzler Friedrich Merz fordert einen „Mentalitätswechsel“ und stellt infrage, ob mit Vier-Tage-Woche, Work-Life-Balance und wachsender Teilzeit der Wohlstand des Landes zu sichern sei. Es braucht mehr Arbeitsanreize, weniger Regulierung und eine kritischere Sicht auf Sozialleistungen. Besonders der Begriff „Lifestyle-Teilzeit“ hat sich dabei eingebrannt, denn er offenbart ein Bild von den

Beschäftigten in diesem Land, das nicht weiter von der Realität entfernt sein könnte. Ein Bild, in dem gesellschaftliche Probleme schnell zur Frage individueller Leistungsbereitschaft werden. Hohe Krankenstände, Personalmangel oder Arbeitszeitwünsche erscheinen dann weniger als Ergebnis harter Arbeitsbedingungen, sondern als Ausdruck falscher Lebensführung. Doch wie erleben eigentlich diejenigen diese Debatte, die jeden Tag auf Baustellen arbeiten, Wälder bewirtschaften, Gebäude reinigen oder im Betrieb schufteten?

Um genau das herauszufinden, haben wir einen Aufruf gestartet – in den „sozialen Medien“ und auf unserer Homepage und dem Newsletter. Wir wollten wissen: Wie erlebst Du diese Debatten? Wie kommst Du über die Runden? Fühlst Du Dich respektiert oder unter Druck gesetzt? Wie klappt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich? Die Resonanz war groß. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben uns geschrieben – manche mit Wut, andere mit Sorge, viele mit sehr persönlichen Geschichten. Auch in den sozialen Medien wurde intensiv diskutiert.

Im Folgenden wollen wir mit Euren Stimmen und wissenschaftlichen Studien die Debatte einordnen. Jetzt redet Ihr!

Erst bellen, dann zurückziehen

Zuerst wollen wir aber einen Blick auf die Urheberinnen und Urheber dieser Debatte werfen. Die jüngsten Aussagen folgen dabei einem bekannten Muster: Zunächst wird die ganz



Illustration: zplusz

große Keule herausgeholt. „Weg mit der telefonischen Krankschreibung!“ lässt beispielsweise Gitta Conne-mann, Vorsitzende der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), am 14. Januar bei Welt TV verlauten. Es würde den Beschäftigten zu leicht gemacht: „Einfach das Telefon in die Hand genommen“ und ein „bisschen Stimme verstellen“. Beschäftigte in diesem Land würden es zu oft nicht über die Bettkante schaffen, obwohl sie eigentlich arbeitsfähig seien. Nach dem einkalkulierten Gegenwind von Gewerkschaften, Sozialverbänden und selbst aus dem Arbeitnehmerflügel der eigenen Partei wird relativiert. Man habe ja nur bestimmte Fälle gemeint. Nur jene, die bei der Krankschreibung schummelten. Doch die Frage bleibt: Warum versteift sich der wirtschaftsliberale Flügel der CDU immer wieder auf statistisch kleine Einzelfälle? Warum werden Ausnahmen zum politischen Großthema gemacht? Liegt es vielleicht daran, dass hinter dem Getöse keine trag-

fähigen Konzepte für eine gerechte Reform des Sozialstaats stehen?

Lobbyverein gibt den Ton an

Eine treibende Kraft hinter der Teilzeit-Debatte ist der sogenannte wirtschaftspolitische Flügel der CDU. Darunter fällt unter anderem die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). In einem Antrag an den Bundestag forderte sie, den gesetzlichen Anspruch auf Teilzeit einzuschränken. Noch deutlicher wird die Interessenlage beim sogenannten „Wirtschaftsrat der CDU“. Anders als die MIT ist er kein offizielles Parteigremium, sondern ein Lobbyverein. Dieser brachte etwa ins Gespräch, Zahnbehandlungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung zu streichen. Wenig mediale Aufmerksamkeit erhielt weitere Forderungen des Papiers „Agenda für Arbeitnehmer in Deutschland“ vom 1. Februar 2026. Neben der Streichung der Mütterrente spricht sich der Lobbyverband für eine mittelfristige Erhöhung des Renteneintrittsalters auch über den 67. Geburtstag hinaus durch Koppelung an die Lebenserwartung aus. Eine Forderung, die mittlerweile auch öffentlich vom Bundeskanzler vertreten wird. Ebenso brisant wie explosiv: die Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog der Unfallversicherung. Wichtig ist dabei: Der Zusatz „der CDU“ signalisiert lediglich Nähe zur Partei. Anders als die Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist er jedoch keine satzungsgemäße Vereinigung nach dem Statut der Partei. Faktisch jedoch agiert der Wirtschaftsrat wie ein parteinahes Gremium. Mit prominenten personellen Überschneidungen: Friedrich Merz, aktueller Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender, war von Juni 2019 bis November 2021 Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Eine Frechheit

Doch politische Debatten sind das eine. Wie sie bei den Beschäftigten ankommen, ist etwas anderes. Das zeigt beispielsweise die Zuschrift von Steffen: „Eine arrogante Debatte, die die Menschen nicht ernst nimmt, sondern im Gegenteil noch verhöhnt und beleidigt.“ Er führt weiter aus: „Eine Frechheit und ein Schlag ins Gesicht aller Beschäftigten. Hier werden die Pfründe der Reichen verteidigt.“ Auch Simone (Name von der Redaktion geändert) empfindet die Tonlage als respektlos. „Ich finde die Sozialabbau-Debatte über die angeblich zu faule, zu kranke, zu oft in Teilzeit arbeitende Bevölkerung beschämend und eine Frechheit“, schreibt sie. Über den Reformbedarf des Sozialstaats lässt sich sicher streiten. Denn klar ist auch: Eine Vielzahl von Programmen, Verwaltungsstrukturen und Prüfungen sorgt dafür, dass Mittel nicht immer dort ankommen, wo sie benötigt werden. Dennoch sorgt der Sozialstaat mit Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Leistungen dafür, dass große Unterschiede bei den Einkommen verringert werden. Gleichzeitig fängt er Einkommenschwankungen im Laufe des Lebens ab – etwa durch Leistungen wie Arbeitslosen-, Bürger- oder Krankengeld. Insgesamt tragen diese Maßnahmen dazu bei, dass die Armutsquote um fast 40 Prozent sinkt. Trotzdem prägen Schlagworte wie „zu teuer“, „zu bequem“ oder „falsche Anreize“ häufig die öffentliche Debatte.

Wenn das Geld nicht reicht

Völlig außen vor in der Debatte blieb: Vollzeitbeschäftigung schützt längst nicht mehr automatisch vor finanziellen Sorgen. Für viele Beschäftigte bedeutet Arbeit heute vor allem: rechnen, planen, verzichten. Auch IG BAU-Mitglied Kim (Name von

der Redaktion geändert), derzeit in der Ausbildung, schildert eine angespannte finanzielle Lage. Auf die Frage, wie der Lebensunterhalt bestritten wird, lautet die knappe Antwort: „Mit Mindestlohn – kaum.“

Ein Minus von rund 1000 Euro habe sich nur durch Ersparnisse ausgleichen lassen. „Ich hatte und habe das Glück, dass meine Familie mich unterstützen kann.“ Ohne diese Unterstützung wäre die Situation noch schwieriger gewesen.

„Der einzige ‚Luxus‘, den ich mir leiste, ist mein Sportverein.“ Viele Ausgaben müssten genau geplant werden: „30 Euro für den Frisör – kann ich mir das leisten? Kleidung? Da schaue ich, dass ich sie günstig bekomme, zum Beispiel second-hand.“

Selbst über zusätzliche Arbeit nach einer 40-Stunden-Woche sei nachgedacht worden – die Ideen wurden jedoch verworfen.

Was Kim beschreibt – der finanzielle Druck trotz Ausbildung und 40-Stunden-Woche – ist auch Ergebnis der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Zwar lag die Inflationsrate in Deutschland im Januar mit 2,1 Prozent nur leicht über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Der Ausblick für dieses Jahr gilt als vergleichsweise stabil. Doch der Blick auf die langfristige Entwicklung erzählt eine andere Geschichte. Seit Januar 2020 – also unmittelbar vor Beginn der Corona-Pandemie und des Angriffs auf die Ukraine – ist der Verbraucherpreisindex bis Januar 2026 um 23 Prozent gestiegen. Das sind gut zehn Prozentpunkte mehr, als im Einklang mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank gelegen hätte. Besonders stark gestiegen sind in diesem Zeitraum die Preise für Nahrungsmittel – um 38,1 Prozent sowie für Energie um 34,7 Prozent. Gerade diese Ausgaben treffen

Simone (Name von der Redaktion geändert): „Ich finde die Sozialabbau-Debatte über die angeblich zu faule, zu kranke, zu oft in Teilzeit arbeitende Bevölkerung beschämend und eine Frechheit“



**Kim (Name von der
Redaktion geändert)
„Ich hatte und habe
das Glück, dass meine
Familie mich unter-
stützen kann.“**



SCHWERPUNKT

Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders hart. Wer einen großen Teil des Einkommens für Miete, Lebensmittel und Energie aufwenden muss, spürt Preissteigerungen unmittelbar. Spielräume gibt es kaum.

Auch wenn die aktuelle monatliche Teuerung moderat erscheint, bleibt das Preisniveau dauerhaft erhöht. Für Beschäftigte im Niedriglohnsektor oder in tariflosen Betrieben ist das besonders problematisch. Wer ohnehin wenig verdient, kann Preissteigerungen nicht einfach auffangen. Jede unerwartete Ausgabe wird zur Belastungsprobe.

Kims Rechnung zeigt: Mindestlohn allein garantiert noch kein existenzsicherndes Einkommen. Ohne starke Tarifverträge, ohne regelmäßige Anpassungen und ohne eine Politik, die die Lebenshaltungskosten im Blick behält, bleibt Vollzeitarbeit für viele ein Balanceakt.

Arbeit darf nicht arm machen. Und sie darf nicht dazu führen, dass junge Beschäftigte trotz 40-Stunden-Woche darüber nachdenken müssen, ob ein Frisörtermin finanzierbar ist.

Welcher Lifestyle?

Wie blanker Hohn wirkt in diesem Zusammenhang dabei die aktuelle Diskussion über zu hohe Teilzeitquoten. Sie geht auch deshalb an der Realität vorbei, weil die Beschäftigten aufgefordert werden, mehr zu arbeiten, ohne dass sich an den Rahmenbedingungen etwas ändert. Konkret: Wer Kinder betreut oder Angehörige pflegt, kann Arbeitszeiten nicht beliebig ausdehnen.

Neue Daten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigen: Im Herbst 2025 waren 54 Prozent der erwerbstätigen oder arbeitssuchenden Eltern, die grundsätzlich auf eine

externe Kinderbetreuung – etwa in einer Kita, bei Tageseltern oder in der schulischen Ganztagsbetreuung – angewiesen sind, an mindestens einem Tag von eingeschränkten Betreuungszeiten oder sogar kurzfristigen Schließungen der Einrichtung betroffen, beispielsweise infolge von Personalmangel. Fast ein Drittel reduziert deshalb die eigene Arbeitszeit.

Steffen beschreibt, wie sehr seine Familie auf gegenseitige Unterstützung angewiesen ist. „Nicht gut“, antwortet er auf die Frage, wie Vereinbarkeit funktioniert. Ohne seine Partnerin, die neben ihrer Teilzeitbeschäftigung den Großteil von Haushalt und Kinderbetreuung übernimmt, wäre der Alltag kaum zu stemmen. „Ohne sie wäre ich aufgeschmissen“, gibt er zu. Und schiebt augenzwinkernd hinterher: Ohne sie und ihre „Lifestyle-Teilzeitbeschäftigung“.

Denn immer noch sind es überwiegend Mütter, die beruflich kürzertreten und sich unbezahlt um Kinder und die Pflege von Verwandten kümmern. Die Kluft bei der Sorgearbeit ist – ebenso wie bei der Bezahlung – nach wie vor groß. In diesem Zusammenhang von einem „Lifestyle“ zu sprechen, verhöhnt die Lebensrealität vieler in diesem Land.

Teilzeit, weil es nicht anders geht

Auch Simone weiß, was es bedeutet, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit über Jahrzehnte hinweg zu verbinden. Sie ist 55 Jahre alt, verheiratet, Mutter von drei erwachsenen Söhnen mit Beeinträchtigungen und Großmutter von drei Enkeln. Ihr Mann ist Rentner und schwerbehindert. „Ich habe im Leben viel erlebt“, schreibt sie.

Bis zur Geburt ihres ersten Sohnes 1995 arbeitete sie in Vollzeit als Gebäudereinigerin in der Grundreinigung. Ab 2008 war sie in Teilzeit

tätig, meist nachts – eine Arbeit, die sie nach eigenen Worten sehr gern gemacht hat. Gleichzeitig kümmerte sie sich zusätzlich um ihre kranken Schwiegereltern.

2018 erhielt sie die Diagnose einer bösartigen Krebserkrankung. Fast ein Jahr ihres Lebens sei dadurch „verloren gegangen“. Heute ist sie auf dem Weg der Besserung, gilt jedoch als schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von 60. Trotzdem ging sie wieder stundenweise arbeiten – „bis ich nicht mehr konnte“.

Wer angesichts solcher Lebensläufe von „zu kranken“ oder „zu bequemen“ Beschäftigten spricht, verkennt die Realität.

Doch es gibt noch eine weitere Dimension, die uns Andreas, Forstwirt bei den Landesforsten Rheinland-Pfalz, mitteilt: „Die Teilzeit-Änderung hätte bei uns zur Folge, dass etwa 40 Prozent der Angestellten arbeitslos wäre. Es wird ja deshalb nicht mehr Arbeit geschaffen, wenn alle in Vollzeit arbeiten.“

Buckeln bis zum Umfallen?

Auch beim Thema Krankenstand wird viel über Beschäftigte gesprochen – und allzu oft suggeriert, Fehlzeiten seien Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft oder gar „Faulheit“. Diese Sicht greift zu kurz und verkennt die strukturellen Gründe für krankheitsbedingte Fehlzeiten. Andreas ordnet ein und verweist auf die Statistik: „14,7 Krankheitstage im Durchschnitt sind meiner Meinung nach extrem wenige Tage. Schließlich zählen dazu auch Reha-Zeiten oder Kinderkrankentage. Wenn man das bedenkt, ist diese Aussage geradezu asozial.“

Eine differenzierte Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zeigt: Die Ursachen für hohe Fehlzeiten liegen nicht in ange-

SCHWERPUNKT

licher Leistungsunwilligkeit, sondern in tatsächlichen Arbeitsbedingungen und mangelnder Prävention. Fehlzeiten sind vielfach Folge hoher Arbeitsbelastungen, Personalmangel, unzureichender betrieblicher Gesundheitsförderung und des tatsächlichen Auftretens von Erkrankungen – insbesondere psychischer Erkrankungen, die überdurchschnittlich lange Ausfallzeiten verursachen.

Kim gehört zur jungen Generation am Beginn des Berufslebens. Der Wunsch ist da, zu arbeiten, sich etwas aufzubauen und Verantwortung zu übernehmen. Doch stattdessen ist von Anfang an enormer Druck spürbar. „In meinem bisherigen Berufsleben erlebte ich viel Stress, Angst bis hin zur Panik, Frustration, Existenzangst, Depression und Unsicherheiten.“ Hinzu kommen dünne Personaldeckungen. Wer ständig Lücken füllen und Mehrarbeit übernehmen muss, gerät schnell an die eigene Belastungsgrenze. Wird daraus eine Erkrankung, müssen die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen einspringen. Das sind keine Ausnahmen, sondern Erfahrungen, die viele junge Beschäftigte teilen: Zeitdruck, hohe Erwartungen, körperliche Belastung, finanzielle Unsicherheit. Wer ohnehin am Limit arbeitet und gleichzeitig jeden Euro umdrehen muss, steht unter doppeltem Druck – körperlich und psychisch. „Wir können nur arbeiten, aber nicht zaubern.“ Arbeitsleistung hat Grenzen. Wer permanent über diese Grenzen hinausgeht, zahlt einen Preis. „Druck fördert chronische Krankheiten – das ist ein Teufelskreis.“ So entsteht ein Kreislauf aus Personalmangel, Überlastung und neuen Ausfällen. Wer nur über Fehltage spricht, ignoriert die Arbeitsbedingungen – und verschiebt die Verantwortung weg von den Arbeitgebern auf die Beschäftigten.

Mit Macht für die 8

Klara, Rentnerin aus Thüringen, meldet sich bei uns und verweist auf die Arbeitszeitdebatte. „Wer die Streichung des 8-Stunden-Tages in Frage stellt, ist verantwortlich für steigende Arbeitsbelastung und Burnout-Zahlen. Was wir brauchen, ist nicht mehr Arbeit auf den Schultern weniger, sondern gute Arbeit für alle.“ Damit macht sie deutlich: Mit Symbolpolitik sollen die Ursachen der schwachen Wirtschaft den Beschäftigten in die Schuhe geschoben werden. Die Verlängerung der täglichen Höchstarbeitszeit löst kein einziges Problem. Und führt auch nicht zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Gerade in Branchen mit hoher körperlicher Belastung – auf dem Bau, in der Reinigung, im Forst – ist der 8-Stunden-Tag kein bürokratisches Hindernis, sondern ein Schutzschild. Wer ihn aufweicht, verschiebt das Risiko einseitig auf die Beschäftigten. Gute Arbeit entsteht nicht durch längere Tage, sondern durch gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und starke Tarifverträge. Flexibilität am Arbeitsplatz gibt es längst. Dort, wo Tarifverträge gelten. Sie bieten Spielräume, ohne den Schutz der Beschäftigten auszuhöhlen. Eine gesetzliche Aufweichung hingegen würde vor allem jene treffen, die ohnehin kaum Mitbestimmung haben: Beschäftigte ohne Tarifbindung. Für sie hieße das längere Arbeitstage, weniger Erholung, mehr Druck.

Heraus zum 1. Mai

In diesem Jahr bekommt der Tag der Arbeit eine besondere Bedeutung. Seit zwei Jahren steckt die Wirtschaft in einer Krise. Zehntausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Standorte werden geschlossen, Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Doch die Verantwortung dafür wird

teilweise den Beschäftigten in die Schuhe geschoben.

Unter dem Motto „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ gehen Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße. Für eine Wirtschaftspolitik, die nicht allein den Interessen von Unternehmen folgt. Wer Gewinne macht und von öffentlichen Investitionen, Infrastruktur oder günstiger Energie profitiert, muss auch Verantwortung für Beschäftigte und Arbeitsplätze tragen. Und auch die Steuerpolitik ist eine Frage der Gerechtigkeit. Während Beschäftigte jeden Monat Steuern und Sozialabgaben zahlen, werden große Vermögen und Millionenerbschaften vergleichsweise gering belastet.

Mehr als ein Ritual

Was steht nun am Ende Eurer Geschichten? Wir haben versucht, diese Debatte gemeinsam mit Euch einzuordnen. Kim steht am Anfang des Berufslebens. Simone blickt auf Jahrzehnte harter Arbeit zurück. Ihre Arbeit, Sorgearbeit und Gesundheit sind kein Talkshowthema, sondern ihr Leben. Diese Debatte ist ein Weckruf. Der 1. Mai ist mehr als ein gut einstudiertes Ritual zwischen Bratwurst und Luftballons. Der 8-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die gesetzliche Unfallversicherung oder die Mitbestimmung im Betrieb – all das ist Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Sie macht deutlich: Diese Rechte waren nie selbstverständlich. Es braucht den Druck der Straße gegen diese Politik der Herabsetzung und Verächtlichmachung. Jetzt redet Ihr!

Tobias Wark

Was meinst Du zur Position unserer Mitglieder? Stimme ab
<https://deine.igbau.de/zukunft-sozialstaat>





Klara, Rentnerin aus Thüringen: „Was wir brauchen, ist nicht mehr Arbeit auf den Schultern weniger, sondern gute Arbeit für alle.“

1. Mai

2026

Ers

dar

Mach Dich st

Tag für Tag erleben wir Angriffe auf hart erkämpfte Rechte – auf den 8-Stunden-Tag, auf Lohnfortzahlung, auf soziale Sicherheit. Und immer wieder dieselbe falsche Behauptung: Die Löhne seien zu hoch. Damit ist jetzt Schluss!

Wir Gewerkschaften stehen auf und kämpfen – für jeden einzelnen Arbeitsplatz. Wir sind die Schutzmacht der Beschäftigten, und Jobsicherheit ist unser oberstes Gebot. Unsere hart errungenen Rechte gelten heute genauso

wie gestern. Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Und diese Verpflichtung heißt konkret: Verantwortung für Arbeitsplätze übernehmen, in den Standort Deutschland investieren, gemeinsam mit uns Lösungen finden. Wir lassen nicht zu, dass Profitinteressen über Menschenleben gestellt werden.

Deutschland verfügt über entscheidende Standortvorteile: Bestens ausgebildete Fachkräfte, eine leistungsfähige Industrie, weltbekannte Qualitätsprodukte und bewährte Sozialpartnerschaft. Statt alles immer nur schlechtzureden, müssen wir unsere Stärken für die Zukunft nutzen.

Unternehmen müssen heute die Weichen für morgen stellen: Künstliche Intelligenz, Batterietechnologie und klimaneutrale Produktion sichern die Arbeitsplätze der Zukunft.

st unsere Jobs,

nn eure Profite

ark mit uns!

Wer hier nicht investiert, verliert den Anschluss. Arbeitgeber*innen müssen sich klar zu Deutschland bekennen: mit Investitionen statt Standortverlagerungen, mit Perspektiven statt Stellenabbau. Gemeinsam mit uns Gewerkschaften wird das gelingen – auf Augenhöhe und mit fairen Kompromissen.

Wer Gewinne macht und vom Steuerzahler profitiert – durch Subventionen, Infrastruktur und bezahlbare Energie – muss Verantwortung für Arbeitsplätze und Standorte übernehmen.

Wir fordern eine höhere Besteuerung hoher Erbschaften und sehr großer Vermögen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Während Beschäftigte jeden Monat Steuern und Sozialabgaben zahlen, werden Millionenerbschaften kaum

belastet. Mit einer gerechteren Steuerpolitik können wir die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und sozialen Zusammenhalt finanzieren. Wer viel hat, muss mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Wir Gewerkschaften stehen an Deiner Seite.

Wir kämpfen für gute Arbeit, für soziale Sicherheit und eine Zukunft, die allen Perspektiven bietet.

Mach Dich stark mit uns!

**Veranstaltungen der IG BAU
zum 1. Mai findest Du hier
<https://deine.igbau.de/events>**





Foto: Pixabay

Nicht alle Nachrichten aufs Handy sind erfreulich.

KURZ UND BÜNDIG

Hilfe bei Cyberstalking

Das Internet bietet viele Vorteile, hat aber auch seine Schattenseiten: Menschen verfolgen und belästigen andere mit Hilfe von Internet und Mobilfunk. Dies wird im Allgemeinen als Cyberstalking bezeichnet. Haecksen, eine Gruppe techinteressierter Personen, hat eine Internetseite mit Anleitungen erstellt, wie man sich gegen Cyberstalking schützt: antistalking.haecksen.org

Zeit statt Geld

Tarifliche Wahloptionen geben Beschäftigten die Möglichkeit, sich zwischen höherem Verdienst und zeitlicher Entlastung zu entscheiden. Die Mehrheit wählt mehr Zeit, zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Besonders häufig entscheiden sich dafür Frauen und Beschäftigte in Betrieben, die ein belastendes Arbeitsklima haben oder wenig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tun.

Zeit zählt

Wenn Beschäftigte die Wahl haben, entscheiden sie sich für ...



Quelle: Mellies u. a. 2026

Hans Böckler Stiftung

Verlässliche Rente sichern

Die Rentenkommission des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) hat ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, einen umfassend tragfähigen Vorschlag für die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland zu beraten. Die Kommission soll ein konsistentes Gesamtkonzept erarbeiten, das für alle Erwerbstätigen eine auskömmliche und verlässliche Rente gewährleistet.



Foto: Pixabay

Verlässliche Rente auch in Zukunft – dafür soll die Kommission ein Konzept erarbeiten.

Solidarisch für den Bau

50 Jahre gemeinsam geförderte Ausbildung am Bau: Am 1. Mai 1976 hat die Bauwirtschaft die branchenweite Finanzierung der Berufsausbildung eingeführt. Das bedeutet: Die Ausbildungskosten werden solidarisch auf alle Betriebe der Branche verteilt. SOKA-BAU erhebt die Beiträge, zahlt Erstattungen und fördert die Ausbildung der künftigen Fachkräfte. Heute fördert SOKA-BAU über 39 000 Auszubildende (Stand 31. Dezember 2025) mit knapp 450 Millionen Euro.



Widerruf auch online

Der Widerruf beim Online-Kauf wird für Verbraucher*innen einfacher: Ab dem 19. Juni 2026 müssen Unternehmen einen Button für ein 14-tägiges Widerrufsrecht in ihre Internetseite einbinden.

Die neue Pflicht zum Widerrufsbutton betrifft elektronische Verträge für Waren, digitale Produkte, Abonnements und Finanzdienstleistungen.



Foto: KI-generiert

Online-Bestellungen einfach widerrufen mit einem Knopfdruck.

Platzmanns spitze Feder



Karikatur: Thomas Platzmann

Baustelle der Neckartalbrücke

Drei Tote bei Gon Stahlseil gerissen

Mauer begräbt Ein Toter bei Arbeitsunfall

Auf einer Baustelle in Potsdam ist es zu einem tödlichen Unfall gekommen. Die Polizei hat ein

Von Baum erschlagen:

Waldarbeiter in Nordhes

In einem Staatswaldgebiet im nordhessischen Revier Meißner ist ein Arbeiter ums Leben gekommen. Der 49-Jährige wurde bei Fällarbeiten erschlagen.

delabsturz –

Beim Absturz einer Transportgondel auf der Baustelle der Neckartalbrücke sind drei Bauarbeiter ums Leben gekommen.

(spiegel.de vom 21. Mai 2025)

Mann unter sich: auf Potsdamer Grundstück

Todesermittlungsverfahren eingeleitet.

(tagesspiegel.de vom 27. Februar 2026)

sen tödlich verunglückt

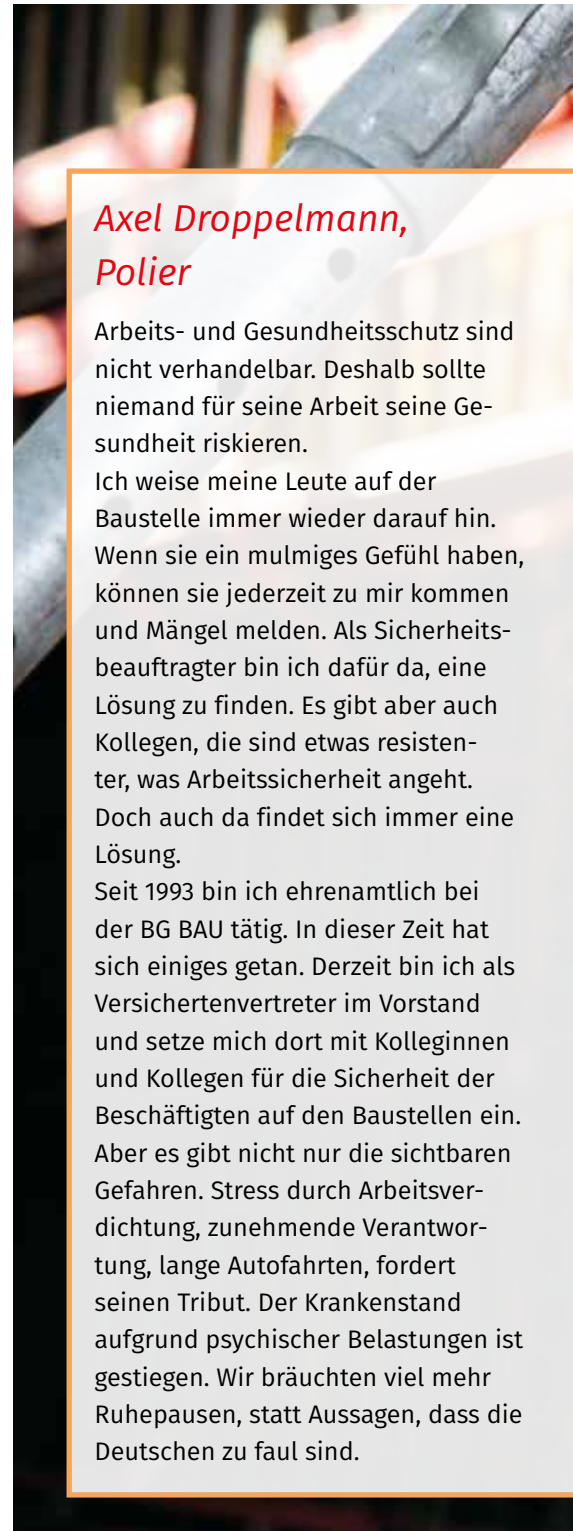
(tagesschau.de vom 4. März 2026)

Sag STOPP, wenn

Was ist eine Arbeitskraft wert? Und was ein Menschenleben? Noch immer passieren am Arbeitsplatz zu viele (vermeidbare) Unfälle. Oft mit tödlichen Ausgang.

Eine kurze Suche im Zeitungsarchiv bestätigt: Arbeitsunfälle sind (leider) an der Tagesordnung. Immer noch und immer wieder. Im Bereich der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) sind im vergangenen Jahr 55 915 meldepflichtige Unfälle passiert (vorläufige Zahlen), 85 mit Todesopfern. Im Vergleich zu 2024 sind sie zwar gesunken, aber immer noch zu viel. 2024 (aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor) gab es laut Angaben der zuständigen Berufsgenossenschaft in der Bauwirtschaft und den baunahen Dienstleistungen 91 813 meldepflichtige Arbeitsunfälle. 78 Menschen sind durch einen Arbeitsunfall am Bau ums Leben gekommen. Das sind „nur“ die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein. Doch anstatt für noch mehr Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen, plant die Bundesregierung unter dem Deckmäntelchen des Bürokratieabbaus beim Arbeits- und Gesundheitsschutz zu sparen: Sicherheitsbeauftragte sollen in kleinen und mittleren Betrieben reduziert werden. Dabei sind sie besonders in diesen Betrieben die ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, wenn

es um sichere Abläufe, Gefährdungsbeurteilungen oder den richtigen Umgang mit Maschinen, Werkzeugen und Gefahrstoffen geht. Sie sind Kolleginnen und Kollegen, die genauer hinschauen und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Gerade auf Baustellen, in Dachdecker-, Maurer-, Straßenbau- und Ausbau-Betrieben, im Gartenbau, in der Land- und Forstwirtschaft oder in Reinigungsobjekten sind sie unverzichtbar. Sie kennen die Abläufe, sprechen die Sprache der Kolleginnen und Kollegen und sorgen dafür, dass Sicherheit nicht nur auf dem Papier steht, sondern gelebt wird. „Eine Verringerung ihrer Zahl schwächt den Arbeitsschutz spürbar – gerade im Handwerk, wo viele Betriebe weniger als 50 Beschäftigte haben und die Unfallzahlen bereits heute höher sind als in größeren Betrieben“, kritisiert der Stellvertretende IG BAU-Bundvorsitzende Carsten Burckhardt das Vorhaben. „Weniger engagierte Sicherheitsbeauftragte bedeuten weniger Aufmerksamkeit für Gefahren und damit ein höheres Unfallrisiko.“ Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten machen rund 96 Prozent der Betriebe in Deutschland aus. Mehr als 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in



Axel Droppelmann, Polier

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind nicht verhandelbar. Deshalb sollte niemand für seine Arbeit seine Gesundheit riskieren.

Ich weise meine Leute auf der Baustelle immer wieder darauf hin. Wenn sie ein mulmiges Gefühl haben, können sie jederzeit zu mir kommen und Mängel melden. Als Sicherheitsbeauftragter bin ich dafür da, eine Lösung zu finden. Es gibt aber auch Kollegen, die sind etwas resister, was Arbeitssicherheit angeht. Doch auch da findet sich immer eine Lösung.

Seit 1993 bin ich ehrenamtlich bei der BG BAU tätig. In dieser Zeit hat sich einiges getan. Derzeit bin ich als Versichertenvertreter im Vorstand und setze mich dort mit Kolleginnen und Kollegen für die Sicherheit der Beschäftigten auf den Baustellen ein. Aber es gibt nicht nur die sichtbaren Gefahren. Stress durch Arbeitsverdichtung, zunehmende Verantwortung, lange Autofahrten, fordert seinen Tribut. Der Krankenstand aufgrund psychischer Belastungen ist gestiegen. Wir bräuchten viel mehr Ruhepausen, statt Aussagen, dass die Deutschen zu faul sind.

es gefährlich ist



Foto: zplusz/ Nina Runge



Foto: RENSCH-HAUS GMBH

Peter Manns, Zimmerer

Ich bin selbst ein gebranntes Kind. Vor Jahren habe ich mich bei der Arbeit mit der Säge verletzt. Glücklicherweise war es nur eine Fleischwunde, es hätte viel schlimmer ausgehen können. Den Unfall hätte ich verhindern können, wenn ich alle Vorschriften eingehalten hätte. Seitdem gehe ich viel bewusster mit dem Thema um. In meiner Firma arbeite ich in der Produktion und bin auch Sicherheitsbeauftragter. Deswegen kann ich die aktuelle Diskussion überhaupt nicht nachvollziehen. Sicherheitsbeauftragte sind Beschäftigte, die sowieso mitarbeiten, also keine zusätzlichen Stellen. Gerade in kleineren Betrieben sind sie besonders wichtig. Montage, Stress, Arbeitsverdichtung – das alles sind Faktoren, die Unfälle oder Berufskrankheiten auslösen können. Einer muss ein Auge darauf haben, dass die Kolleginnen und Kollegen gesund und sicher wieder zu ihren Familien kommen.

» diesen. Matthias Groß, Präventionsexperte bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, verdeutlichte in einem Interview im DGUV-Kompakt: In Kleinst- und Kleinbetrieben ist das Risiko eines schweren Arbeitsunfalls „etwa zweieinhalb bis dreimal so hoch wie in den größten Betrieben. Jeder einzelne Unfall oder eine Berufskrankheit kann in einem kleinen Betrieb große Folgen haben, wenn eine Fachkraft für Wochen oder Monate ausfällt. Ein guter Arbeitsschutz liegt also im eigenen Interesse der Unternehmensführung.“ Und natürlich auch im Interesse der betroffenen Beschäftigten.

Die Gefahren am Arbeitsplatz liegen nicht nur in den sichtbaren Ursachen, wie beispielsweise der gebrochenen



Foto: zplusz/ Nina Runge

Sprosse einer Leiter oder ein wackliges Gerüst. Stress, Arbeitsverdichtung, Angst vor Jobverlust, lange Wegezeiten – das und mehr sind Gründe für ein erhöhtes Unfallrisiko.

„Sag STOPP, wenn es gefährlich ist - Eigenverantwortung im Arbeits- und Gesundheitsschutz!“. Unter diesem Motto steht der Workers' Memorial Day am 28. April.

Zum Hintergrund: Am 28. April 1984 rief die kanadische Gewerkschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst erstmals dazu auf, der im Arbeitsleben verstorbenen Kolleginnen und Kollegen zu gedenken. In mehreren Ländern ist der Workers' Memorial Day ein offizieller Gedenktag.

Auch in Deutschland rufen seit dem Jahr 2011 die IG Bauen-Agrar-Um-



Andreas Fischbach, Meister im Gartenbau

Meine Kolleginnen und Kollegen muss ich immer wieder ermahnen, aufzupassen. Gerade bei Arbeiten in der Sonne halten es manche für unnötig, entsprechende Kleidung zu tragen. Dabei könnte ich als mahnendes Beispiel dienen: Ich bin an einer Vorstufe zum hellen Hautkrebs erkrankt. Die Anerkennung als Berufskrankheit hat Jahre gedauert. Im Gartenbau musst du im Freien arbeiten, das geht nicht anders. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass uns Hilfsmittel an die Hand gegeben werden, die die Arbeit erträglicher machen – Sonnenschutz, schattenspendenden Pavillon und vieles mehr. Auch ein Sommerausfallgeld könnte ich mir vorstellen. Der Schutz der Beschäftigten muss im Vordergrund stehen, als Sicherheitsbeauftragter lege ich Wert darauf. Und bevor jemand überlegt, diese Funktion abzuschaffen, sollte er oder sie sich mal bei denen informieren, die es betrifft.

welt (IG BAU) gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) ebenfalls dazu auf, der Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, die bei der Arbeit verunfallt, erkrankt oder ums Leben gekommen sind. Dieses Jahr mit einer bundesweiten Schweigeminute um 12 Uhr und einem zentralen Gottesdienst in Würzburg. Eigenverantwortung und STOPP sagen – das erfordert mitunter viel Selbstbewusstsein sowie Kolleginnen und Kollegen, die einen den Rücken stärken. „Beschäftigte können nur sicher und professionell arbeiten, wenn Zeit, Qualifikation, Ausrüstung und Rückendeckung stimmen. Gute Arbeit

heißt: Sicherheit ist selbstverständlich – und Wegschauen keine Option“, betont Carsten Burckhardt. „Eigenverantwortung heißt, Probleme anzusprechen und den Betriebsrat einzubeziehen. Wo es noch keinen Betriebsrat gibt, sollte einer gewählt werden.“ Arbeitsschutz beginnt immer auch bei jeder und jedem Einzelnen. Denn jeder Mensch hat nur ein Leben. Sag STOPP, wenn es gefährlich ist!



Christiane Nölle

Workers' Memorial Day

Dienstag, 28. April 2026 –

Die IG BAU ruft für 12 Uhr zu einer bundesweiten Gedenkminute auf.



Lasst die Arbeit in den Betrieben, auf den Baustellen und in den Objekten ruhen und gedenkt der Kolleginnen und Kollegen, die durch einen Arbeits- oder Wegeunfall oder aufgrund einer Berufskrankheit verstorben sind.

**Zentraler Gottesdienst
am 28. April um 18 Uhr
in der Marienkapelle
in Würzburg.**



Zur Person

Name: Birgit Schorre

Alter: 42

Beruf: kaufmännische Angestellte

Gewerkschaftsmitglied seit: 2022

Hobbys: mit ihren zwei Hunden in der Natur unterwegs sein

„Ich wollte mit an den Verhandlungstisch“

Schon lange engagiert sich Birgit Schorre als Betriebsrätin bei der BMI Group, die Baustoffe für Dächer produziert. Dass sie als Gewerkschafterin zudem in der Tarif- und der Verhandlungskommission direkt die Arbeitsbedingungen und Entlohnung in ihrer Branche mitbestimmen kann, findet sie großartig.

Seit 2010 ist Birgit Mitglied im Betriebsrat am Standort Heusenstamm in der Nähe von Frankfurt am Main. „Als damals die Betriebsratswahlen anstanden, wurde ich gefragt, ob ich mich aufstellen lassen will. Ich habe etwas unbedarft zugestimmt – und bin dann auch direkt reingekommen“, blickt sie zurück. Sich für andere zu engagieren, liegt ihr in der Natur. Birgit war schon in der Schulzeit Klassen- und Schulsprecherin, hat sich bei den offenen Notenbesprechungen am Ende des Schuljahres für ihre Klassenkamerad*innen eingesetzt. „Ich mag es nicht, wenn andere ungerecht behandelt werden“, betont sie. „Wenn ich die Möglichkeit habe, etwas zu tun, mache ich das auch.“ So wurde sie bei den nächsten Wahlen 2014 auch gleich zur Betriebsrats-Vorsitzenden am Standort gewählt, ist Mitglied des Gesamtbetriebsrats (GBR) und des Europäischen Betriebsrats (EBR) der BMI Group. Am Standort ist sie für etwa 150 Mitarbeitende zuständig, im GBR für rund 1700 und im EBR für 9600. Im Unternehmen ist Birgit bereits seit ihrer Ausbildung zur Industrie-

kauffrau, damals noch bei der Firma Braas in Oberursel. Danach wechselte sie nach Heusenstamm und war zunächst im Kundenservice im Innendienst tätig. Dann widmete sie sich dem Aufbau und der Organisation der BMI-Akademie mit einem Seminar- und Trainingsangebot für

Dachhandwerker*innen, Architekt*innen und Planer*innen. Auf eigenen Wunsch wechselte Birgit nach fünf Jahren zurück in den Kundenservice. Inzwischen betreut sie das Gesamtbetriebsrats-Sekretariat des Konzerns. „Da bin ich sozusagen in Doppelfunktion, viel überschneidet sich mit meiner Tätigkeit als Betriebsrätin: Organisation und Verwaltung, Schriftverkehr und so weiter“, erklärt sie.

Als besonderen Erfolg des Standort-Betriebsrats verbucht Birgit die Vereinbarung zum mobilen Arbeiten aus der Corona-Zeit. „Die wird gut gelebt und von beiden Seiten anerkannt. Unsere deutsche Geschäftsführung hat sie sogar schon gegen die



Fotos: zplusz/ Das FotoARTler

Arbeitsplatz in Doppelfunktion: Birgit ist Betriebsrätin und betreut das Gesamtbetriebsrats-Sekretariat.



„Ich bin viel mit unserem Gewerkschaftssekretär im Betrieb unterwegs, und das konsequent und nicht nur vor Betriebsratswahlen oder Tarifverhandlungen.“

*Ob im Betriebsrat oder in der Gewerkschaft: Birgit setzt sich dafür ein, dass für ihre Kolleg*innen immer alles gut unter Dach und Fach ist.*

Konzernmutter verteidigt“, erklärt sie. Ein aktuelles Thema am Standort ist die Verpflegung für die Beschäftigten und Akademie-Teilnehmenden, da der letzte Kantinenbetreiber weg ist. Ein Foodtruck sorgt für Überbrückung, aber: „Wir wollen die geregelte Versorgung wiederherstellen und auch wieder für einen Zuschuss für die Mitarbeitenden sorgen.“ Nur eines der vielen Themen, dem sie sich mit ihren Betriebsratskolleg*innen widmet. Birgit ist in ihrem Betrieb zudem ausgebildete „Mental Health First Aider“ (Psychologische Ersthelferin). „In dem Kurs lernst du, wie du Menschen mit psychischen Problemen helfen kannst und gleichzeitig deine eigene mentale

Gesundheit stärkst“, erklärt Birgit – Fähigkeiten, die sie in vielen Bereichen nutzen kann.

Vielfältig aktiv und vernetzt in der IG BAU

In die IG BAU ist Birgit im Rahmen von Verhandlungen über einen „kleinen Haustarif“ eingetreten. „Ich hatte Fragen an die IG BAU – und mir war klar, dass ich dann auch Mitglied werden sollte“, merkt sie augenzwinkernd an. „Ich wollte auch bei der Verhandlung unbedingt dabei sein und sehen, was passiert.“ Ihr sei erst nach und nach klar geworden, was die Gewerkschaft alles mache und welche Möglichkeiten sie einem biete. „Die damalige Ge-

werkschaftssekretärin hat mich ange-regt, an vielen Stellen mitzumachen. So haben sich Kontakte ergeben und Türen geöffnet“, erzählt Birgit. „Ich habe immer wieder erkannt: Ach, so funktioniert das! Man kann bei Tarifverhandlungen dabei sein, selbst am Tisch sitzen und direkt mitbestimmen. Das war mir vorher nicht bewusst.“ So kam eins zum anderen, und Birgit ist nicht nur Mitglied in der Tarif- sowie der Verhandlungskommission für die Steine- und Erden-Industrie in Hessen, sondern auch Vorsitzende der Fachgruppe Baustoffindustrie und seit Februar Mitglied im Bezirksbeirat. „Man braucht auch keine 20 Jahre Erfahrung, um irgendwo reinzukommen.

Es reichen Interesse, Begeisterung und Engagement“, betont sie. Und dazu die Beratung und Unterstützung durch die IG BAU: „Wenn ich Fragen habe, weiß ich immer, dass ich dort Ansprechpartner*innen finde und wen ich zu welchem Thema ansprechen kann.“ Die Tarifverhandlungen im Oktober 2025 waren die zweite Tarifrunde, an der sie beteiligt war, und mit dem Abschluss ist sie zufrieden. Die Tarifkommission kommt auch außerhalb von Verhandlungen regelmäßig zusammen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen, wie zum Beispiel eine Überarbeitung der Eingruppierung.

Die IG BAU, das sind wir

„Gewerkschaft bedeutet für mich: Gemeinsam für die Gemeinschaft entstehen. Die IG BAU, das sind wir. Wir sind nicht nur Beitragszahler*innen, sondern können überall mitmachen und mitbestimmen. Je mehr ich einbringe, desto mehr kann ich bewirken“, ist Birgit überzeugt. Ihre Begeisterung für die Gewerkschaft zeigt sich nicht zuletzt auch darin, dass sie immer wieder Kolleg*innen von einer Mitgliedschaft überzeugt. „In den letzten zwei Jahren verzeichnen wir einen messbaren Erfolg im Orga-Grad, vor allem auch bei den Angestellten“, berichtet Birgit nicht ohne Stolz. Grund des Erfolgs ist ihrer Meinung nach die starke Präsenz vor Ort: „Ich bin viel mit unserem Gewerkschaftssekretär im Betrieb unterwegs, und das konsequent und nicht nur vor Betriebsratswahlen oder Tarifverhandlungen. Wir geben Raum für Fragen, gucken, was den Leuten auf dem Herzen liegt, was man besprechen und in die Gremien mitnehmen kann.“

Entspannung und Ausgleich findet Birgit in der Natur mit ihren Hunden Sansa und Murphy. Die beiden Mischlinge aus dem Tierschutz sind im Alter



Foto: privat

In der Freizeit am liebsten im Grünen: Birgit mit ihren beiden Lieblingen Sansa (links) und Murphy (rechts).

von sechs bis zwölf Monaten von der Straße zu ihr gekommen. „Inzwischen ist das auch schon bei beiden fast zehn Jahre her, Murphy wird zwölf und Sansa wird zehn.“ Dass Birgit sich für die Betriebsratswahlen Ende April wieder aufstellen

lässt, ist für sie keine Frage. Auch ihre Ehrenämter in der IG BAU will sie fortführen. „Neben der Tatsache, dass man selbst richtig was bewegen kann, macht es auch einfach Spaß. Ich kann nur allen raten: einfach mal mitmachen!“

Cordula Binder

*Mut-Macher*innen*

Mitgliedschaft lohnt sich. „Der Grundstein/Der Säemann“ sucht IG BAU-Mitglieder, die anderen Mut machen wollen. Schreibt uns zum Stichwort „Eine*r von uns“, IG Bauen-Agrar-Umwelt, Redaktion „Der Grundstein/Der Säemann“, Olof-Palme-Straße 35, 60439 Frankfurt am Main, E-Mail: grundstein@igbau.de

Einberufung

24. Ordentlicher Gewerkschaftstag

Bundesvorstand und Gewerkschaftsbeirat haben beschlossen, den 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bauen-Aggar-Umwelt für die Zeit vom 27. bis 30. September 2026 gemäß § 26 Nr. 2 Buchstabe o) und § 27 der Kasseler Satzung nach Kassel in das Hotel „Kongress Palais“ einzuberufen. Die Wahl der Delegierten erfolgte nach den Vorschriften gemäß § 27 Nr. 3 der Kasseler Satzung. Neben den gewählten Delegierten sind auf dem Gewerkschaftstag die Mitglieder des Bundesvorstandes und die übrigen Mitglieder des Gewerkschaftsbeirates stimmberechtigt (§ 27 Nr. 2 der Kasseler Satzung).

Der Bundesvorstand gibt die Einberufung des 24. Ordentlichen Gewerkschaftstages hiermit gegenüber seinen Mitgliedern bekannt (§ 27 Nr. 7 der Kasseler Satzung). Für den Gewerkschaftstag ist nebenstehende vorläufige Tagesordnung vorgesehen:

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des Gewerkschaftstags:
 - 2.1 Annahme der Tagesordnung
 - 2.2 Feststellung der Geschäftsordnung
 - 2.3. Bestellung der Kommissionen:
 - 2.3.1 Satzungs- und Antragsberatungskommission
 - 2.3.2 Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
3. Entgegennahme der Berichte und Aussprache:
 - 3.1 Bundesvorstand
 - 3.2 Gewerkschaftsrat
 - 3.3 Bundesrevisionskommission
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission und Beschlussfassung über die Gültigkeit der Mandate
5. Entlastung des Bundesvorstands
6. Beschlussfassung über die Satzungsanträge
7. Wahlen:
 - 7.1 Bundesvorsitzende*r
 - 7.2 Stellvertretende Bundesvorsitzende
 - 7.3 Weitere Bundesvorstandsmitglieder
 - 7.4 Vorsitzende*r des Gewerkschaftsrats
 - 7.4.1 Stellvertretende*r Vorsitzende*r des Gewerkschaftsrats
 - 7.4.2 Weitere Mitglieder des Gewerkschaftsrats
 - 7.5 Mitglieder der Bundesrevisionskommission
 - 7.5.1 Stellvertretende Mitglieder der Bundesrevisionskommission
8. Beschlussfassung über sonstige Anträge und Entschließungen
9. Referat des*der Bundesvorsitzenden
10. Schlussansprache

Stand: 09.02.2026

Respekt für unsere Arbeit!
Wir holen, was uns zusteht



Bericht legt Missstände offen

Janos Molnár kam aus Rumänien nach Deutschland, um im Weinbau zu arbeiten. Im Oktober 2025 erlitt der Mann einen schweren medizinischen Notfall. Zwei Tage lang lag er bewusstlos in der Unterkunft des Arbeitgebers. Erst nachdem seine Tochter aus Rumänien Polizei und Rettungsdienst verständigt hatte, traf Hilfe ein. Molnár wurde ins Krankenhaus gebracht, fiel ins Koma und starb kurz vor Weihnachten.

Der Fall zeigt, wie abhängig viele Saisonarbeitskräfte von ihren Arbeitgebern sind, so wurden im Nachhinein gravierende Mängel bekannt: Seine Ausweisdokumente waren verschwunden, sein Krankenversicherungsschutz war unklar und Lohnzahlungen standen aus. Der Arbeitgeber bestreitet inzwischen, dass Molnár dort beschäftigt gewesen sei. Die Tochter hat Strafanzeige erstattet, die Ermittlungen dauern an.

Das Beispiel mag drastisch erscheinen, doch es steht exemplarisch für die strukturellen Probleme in der Saisonarbeit. Darauf weist der neue Saisonarbeitsbericht der Initiative Faire Landarbeit hin, an der die IG BAU beteiligt ist. Im vergangenen Jahr führten die Beraterinnen und Berater der Initiative bundesweit 36 Informationsaktionen durch und erreichten rund 3100 Saisonbeschäftigte. In vielen Gesprächen berichteten diese von Problemen mit der Anrechnung ihrer Arbeitszeiten, Lohnabrechnungen oder zu hohen Kosten für Unterkünfte.

Erschwerend kommt hinzu: Ab 2026 soll die zulässige Dauer der kurzfristigen Beschäftigung von 70 auf 90 Tage steigen. Für viele Saisonarbeitskräfte

bedeutet das vor allem eines: Länger arbeiten ohne regulären Sozialversicherungsschutz.

Ein wichtiges Signal gab es dagegen beim Mindestlohn: Eine vom Bauernverband und der CDU lancierte Ausnahme für Saisonbeschäftigte kommt nicht. Die IG BAU hat von Beginn an deutlich gemacht, dass eine solche Ausnahme nicht nur Missbrauch begünstigen würde, sondern auch diskriminierend und daher rechtswidrig wäre. Eine Position, der sich letztlich auch das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) und die Bundesregierung angeschlossen haben.

Geld zurück bei Vergehen

Zudem gelten seit dem 1. Januar 2025 neue EU-Regeln: Subventionen im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agarrpolitik (GAP) können zurückgefordert und Sanktionen ausgesprochen werden, wenn gegen Sozialstandards verstoßen wird (wir berichteten ausführlich in der Juni/Juli/August-Ausgabe 2024 des Grundstein). Recherchen zeigen jedoch auch, dass dieses wichtige Instrument im vergangenen Jahr in Deutschland nicht zur Anwendung kam. So können Arbeitgeber*innen Sanktionen umgehen, indem sie mehrere Unternehmen für unterschiedliche Zwecke gründen.

Für die Initiative Faire Landarbeit ist deshalb klar: Es braucht eine höhere Kontrolldichte, klare Standards bei Unterkünften, eine verlässliche soziale Absicherung und höhere Bußgelder bei Verstößen durch die Arbeitgeber*innen. Die Arbeit des Saisonbeschäftigten ist systemrelevant.



Foto: Patricque Degen

Die Arbeit des Saisonbeschäftigten ist elementarer Bestandteil der Landwirtschaft in Deutschland

Sie sind elementarer Bestandteil der Landwirtschaft in Deutschland und müssen endlich als solcher anerkannt werden.

Tobias Wark

Hinweis: Der aktuelle Saisonbericht der Initiative Faire Landarbeit sowie die Berichte der vergangenen Jahre sind online zu finden unter: <https://igbau.de/Initiative-Faire-Landarbeit.html>



Betriebsratswahlen

„Wir geben alles, nur nicht auf“

Betriebsräte geben den Kolleginnen und Kollegen eine Stimme. Sie vertreten ihre Interessen bei Themen wie Arbeitszeit, Gesundheitsschutz, Qualifizierung, Gleichbehandlung und faire Arbeitsorganisation.

Auch in großen Gebäudereinigungskonzernen mit Gesamt- und Konzernbetriebsratsstrukturen ist Mitbestimmung besonders wichtig. Entscheidungen in diesen Unternehmen betreffen oft tausende Beschäftigte. Die Betriebsratswahl 2026 ist deshalb eine wichtige Gelegenheit, Verantwortung zu übernehmen. Starke Betriebsräte sind deshalb auch eine wichtige Grundlage für starke Tarifverträge. Eine, die sich schon seit langem für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzt ist Carmen Kopf, als Konzernbetriebsratsvorsitzende im WISAG-Konzern und Mitglied im Aufsichtsrat.

Grundstein: Warum bist du als Betriebsrätin aktiv?

Carmen Kopf: Betriebsratsarbeit ist für mich wichtig, um mich für die Belange der Belegschaft einsetzen zu können, vor allem für faire Arbeitsbedingungen. Ich sehe uns Betriebsräte als Sprachrohr der Belegschaft.

Was heißt das genau?

Auf unserer Agenda stehen viele Themen: Gerechte Eingruppierung, Aus- und Weiterbildung, Qualifizierung, Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz – das und noch vieles mehr.

Wie geht ihr die Themen an?

Eins vorneweg: Betriebsrat ist immer Teamarbeit. Als Vorsitzende bin ich zwar im Vordergrund, wäre aber



MITBESTIMMUNG

ohne meine Betriebsratskolleginnen und -kollegen machtlos.

Wichtig ist eine vernünftige Streitkultur, damit meine ich einen offenen Austausch auf Augenhöhe. Kompromissbereitschaft setze ich voraus – das gilt selbstverständlich für beide Seiten.

Eine vernünftige Kommunikation ist unerlässlich für eine gute Zusammenarbeit. Meine Vorliebe ist es, Strategien zu entwickeln, mit denen wir unsere Forderungen oder Vorstellungen weiterbringen können.

Als Frau an der Spitze des Konzernbetriebsrats eines so großen Unternehmens – wie fühlt sich das an?

Oft bin ich die einzige Frau unter Männern. Viele haben mich anfangs unterschätzt, weil die klassische Rollenverteilung immer noch in vielen Köpfen verankert ist. Die Anerkennung musste ich mir erst mit Erfolgen erarbeiten – sowohl bei den Beschäftigten wie auch auf der Arbeitgeberseite. Und ich sehe mich nicht als Frau an dieser Position, nur um die Quote zu erfüllen. Das haben mittlerweile alle verstanden.

Wie funktioniert es, alles unter einen Hut zu bekommen – verschiedene Sparten, verschiedene Kulturen et cetera?

Die Beschäftigten sind das Kapital des Unternehmens. Die Menschen, die die angebotenen Dienstleistungen

erbringen und damit den Erfolg des Konzerns erwirtschaften, denen müssen wir dankbar sein. Und diese Menschen müssen wir in ihren Belangen unterstützen und adäquat vertreten. Im Endeffekt hat jede*r Beschäftigte das gleiche Problem – egal in welchem Dienstleistungssektor, egal aus welchem Kulturkreis: Entlohnung, Arbeitszeit und ganz oft mangelnde Wertschätzung der geleisteten Arbeit. Ich arbeite gerne mit Menschen zusammen. Dazu gehört auch, mich mit ihrem Hintergrund zu beschäftigen und ihre Kultur kennenzulernen. Über den Tellerrand schauen, das hilft mir nicht nur bei der Betriebsratsarbeit, ich habe viel fürs Leben gelernt.

Warum sollten sich Beschäftigte an Betriebsratswahlen beteiligen oder dafür kandidieren?

Es wird zunehmend schwieriger, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Besonders bei den Jüngeren. Viele äußern ihren Unmut, halten sich bei der Problemlösung aber selbst zurück. Gerade in der aktuellen politischen Situation ist es wichtig, sich zu engagieren und Mitbestimmung zu leben. Das ist ein wichtiger Teil unserer demokratischen Rechte.

Ich bin sehr zufrieden mit meiner Tätigkeit und stolz darauf, was ich als

Info

Die AVECO Holding AG ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft. Das Multi-Dienstleistungsunternehmen vereint unter seinem Dach die Geschäftsbereiche der WISAG. Rund 60 000 Mitarbeitende aus rund 150 Nationen sind für den Konzern tätig. Laut Geschäftsbericht erzielte der Konzern im Jahr 2024 einen Erlös von über drei Milliarden Euro.

Vorsitzende mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat erreicht habe. Natürlich gibt es immer noch Dinge, die wir noch erreichen wollen, aber für uns gilt der Leitsatz „Wir geben alles, nur nicht auf.“

Betriebsrat ohne Gewerkschaft...

... geht gar nicht. Gute Mitbestimmung bedeutet für mich vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der IG BAU.

Das Interview führte Christiane Nölle



Service-Hotline

Als Gewerkschaft ist es uns wichtig, dass unsere Mitglieder gut informiert und vorbereitet in die Wahl gehen. Daher haben wir bis zum 31. Mai eine Service-Hotline unter der Nummer 069 95737630 (8 bis 18 Uhr) eingerichtet.

Unser Leiter Referat Mitbestimmung, Klaus Ulrich, beantwortet Deine Fragen zur Wahl – kompetent, vertraulich und ohne Umwege. Sprich mit uns!

Foto: AVECO Holding

#BR26

Deutschlands wichtigstes Betriebsratsforum

16.-17.09.2026
Berlin

HOUSTON,
WIR HABEN
KEIN PROBLEM.
BETRIEBSRAT
AN BORD.

JETZT ANMELDEN!
Wir sehen uns in der
Hauptstadt!
www.br26.berlin

EINE VERANSTALTUNG DER BR-VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT MBH UNTER MITWIRKUNG VON



MIT DER PREISVERLEIHUNG



BR26.BERLIN

KOOPERATIONSPARTNERINNEN



BRANCHEN



Foto: Pixabay

*Die Mehrheit der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind oft nicht mehr selbstständig, sondern Arbeitnehmer*innen. Die dürfen sich nun über mehr Geld freuen.*

Landwirtschaft

Zehn Prozent mehr Einkommen

Die Einkommen in der Landwirtschaft sollen in den nächsten gut zweieinhalb Jahren in drei Stufen um insgesamt rund zehn Prozent steigen. Darauf haben sich die Verhandlungskommissionen der IG BAU und des Gesamtverbandes der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände e.V. (GLFA) nach langwierigen Verhandlungen geeinigt. Der ausgehandelte Kompromiss ist eine Bundesempfehlung, die Grundlage für die jeweiligen Tarifverträge zwischen den regionalen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden und der IG BAU ist.

„Natürlich hätten wir uns noch mehr gewünscht, das ist in diesen Zeiten aber ein guter Kompromiss. Die derzeitige Weltlage ist äußerst instabil, die Energiepreise steigen aufgrund des neuen Nahostkriegs rasant an, die Inflation wird folgen. Da müssen die Beschäftigten mehr im Portemonnaie haben“, sagt Christian Beck, IG BAU-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführer auf Seiten der Arbeitnehmer*innen. Die Einigung im Einzelnen: Der Tarif-

lohn erhöht sich zum 1. Mai 2026, 1. Januar 2027 sowie 1. Januar 2028 um jeweils 3,3 Prozent, dazu gibt es eine Einmalzahlung von 300 Euro. Die Laufzeit endet am 30. September 2028.

Die Landwirtschaftsbranche unterliegt einem Strukturwandel: Die Mehrheit der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind oft keine selbstständigen Bäuerinnen und Bauern mehr, sondern Arbeitnehmer*innen: von der Betriebsleitung über landwirtschaftliche Fach Tätigkeiten in Tierhaltung und Ackerbau bis hin zur Erntearbeit. So zeigt die jüngste Agrarstrukturerhebung aus dem Jahr 2023: Von insgesamt knapp 900 000 tätigen Menschen in der Landwirtschaft sind nur noch 45 Prozent Familienarbeitskräfte, 55 Prozent hingegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die zuständigen Gremien der IG BAU sowie die betroffenen Arbeitgeberverbände haben der Einigung zugestimmt und wollen die Bundesempfehlung zügig umsetzen.

Gebäudereiniger-Handwerk

Glückwunsch

Seit 1. September 2025 läuft unsere Aktion „Mitglieder gewinnen Mitglieder“ (Infos unter igbau.de/Gebaeudereinigung).

Wenn Du ein oder mehrere neue Mitglieder aus der Gebäudereinigung für die IG BAU gewinnst, nimmst Du automatisch an unseren Verlosungen teil.

Diese finden alle drei Monate statt, die erste gab es im De-



Foto: IG BAU

Regionalleiter Björn Wißuwa (rechts), Fachgruppen-Vorsitzende Annett Helfrich (zweite von links) sowie Gewerkschaftssekretärin Gülsüm Gürcan (links) gratulieren Yusuf Dag.

zember 2025. Gabi Knue, Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk, zog die Namen der glücklichen Gewinner*innen für den ersten Preis, einen Reise-gutschein, und den zweiten und dritten Preis.

Der Hauptgewinn ging an den Kollegen Yusuf Dag aus der Region Westfalen.

ANZEIGE

**Erkenne
die Gefahr.
Dein **STOP!**
rettet Leben.**



**BAU AUF SICHERHEIT
BAU AUF DICH**
www.bau-auf-sicherheit.de

BG BAU
Berufsgenossenschaft
der Bauwirtschaft



Foto: Adobe Stock

*Neuer Tarifvertrag für Angestellte und Arbeitnehmer*innen.*

ISS Facility Services Holding GmbH

IG BAU-Mitglieder haben mehr

Nach intensiven Verhandlungen hat sich die IG BAU mit der ISS Facility Services Holding GmbH auf einen Tarifabschluss für Angestellte und Arbeitnehmer*innen der ISS Unternehmensgruppe in Deutschland geeinigt.

Das Tarifergebnis im Überblick:

- ▶ Seit 1. März 2026 – drei Prozent für alle (Position Classes und Bänder),
- ▶ ab 1. Januar 2027 – 2,7 Prozent für alle (Position Classes und Bänder),
- ▶ IG BAU-Mitgliederbonus – 200 Euro brutto (bereits mit der Februar-Abrechnung 2026 ausgezahlt),
- ▶ IG BAU-Mitgliederbonus – 100 Euro brutto, (Auszahlung mit der Januar-Abrechnung 2027),
- ▶ Laufzeit: 1. März 2026 bis 31. Dezember 2027.

Der Tarifvertrag gilt für alle Unternehmen der ISS Gruppe in Deutschland, mit Ausnahme der ISS Communication Services GmbH (ehemalige Angestellte der ISS Engineering Services GmbH sind gesondert zu betrachten) und der ISS Energy Services GmbH. Der Tarifabschluss hat keinen Bezug zu den gewerblichen Tarifverträgen des Gebäudereiniger-Handwerks oder einem Branchentarifvertrag der DGB-Gewerkschaften.

Bauhauptgewerbe

Jede Menge schwarzer Schafe

Bei einer bundesweiten Schwerpunktprüfung gegen Schwarzarbeit im Baugewerbe hat der Zoll Anfang März Präsenz gezeigt: Rund 3200 Einsatzkräfte befragten etwa 8000 Beschäftigte auf Baustellen zu ihren Arbeitsverhältnissen und prüften die Geschäftsunterlagen von über 300 Arbeitgebern.

Noch vor Ort leiteten die Einsatzkräfte rund 340 Straf- sowie 500 Ordnungswidrigkeitenverfahren ein.

Weitere Ermittlungen werden folgen: In fast 2200 Fällen wurden Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gefunden, die jetzt umfassend aufgearbeitet werden. Allein bei 600 Arbeitgebern erhärtete sich der Verdacht auf Sozialversicherungsbetrug durch fehlende oder falsche Meldungen.

Bei mehr als 670 Arbeitgebern besteht zudem der Verdacht, dass sie die geltenden Mindestlöhne unterschritten haben. Zudem ergaben sich in 60 Fällen Anhaltspunkte für Leistungsmissbrauch.

Die Befragungen auf den Baustellen sind in der Regel erst der Einstieg. Meist folgen tiefgehende Prüfungen der Buchhaltung, bei denen verschiedene Unterlagen abgeglichen werden, um die tatsächlichen Arbeitsbedingungen und Löhne zu ermitteln. Für einen lückenlosen Abgleich steht der Zoll im engen Austausch mit der Rentenversicherung und anderen Behörden. Diese Ergebnisse zeigen einmal mehr: Notwendig ist eine stärkere Präsenz des Zolls – gerade auch auf Baustellen. Der Staat muss sicherstellen, dass Firmen sich an die Vorschriften halten und dass illegale Machenschaften auf Baustellen kein Dauerzustand bleiben. Doch um den Kontrolldruck zu erhöhen, ist eine deutliche Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit erforderlich.



Eine Zollbeamtin dokumentiert die Unregelmäßigkeiten.



Foto: Adobe Stock

Gut verhandelt – mehr Geld in der Ziegelindustrie.

Ziegelindustrie

Zwei Abschlüsse

Nordrhein-Westfalen und südliches Niedersachsen:

- ▶ Für Januar 2026 erfolgt eine Einmalzahlung von 90 Euro (zu zahlen mit der Abrechnung im Juni 2026).
- ▶ Zum 1. Februar 2026 sind die Ecklöhne um 100 Euro gestiegen. Das entspricht rund 3,1 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 40 Euro pro Ausbildungsjahr erhöht.
- ▶ Laufzeit: bis 31. Oktober 2026.

Ziegelindustrie Ost:

- ▶ Zum 1. Januar 2026 erhöhen sich die Eckentgelte rückwirkend um 2,4 Prozent. Somit steigt das Eckentgelt (E6b) um 80 Euro und das Eckentgelt (E6) um 84 Euro.
- ▶ Die Ausbildungsvergütungen steigen überproportional auf 1041 Euro, im ersten Ausbildungsjahr, 1200 im zweiten, 1386 im dritten und 1482 im vierten Ausbildungsjahr.
- ▶ Laufzeit: bis 31. Oktober 2026

▶ Aktuelle Informationen zu Tarifverhandlungen unter www.igbau.de im Internet oder bei Deiner Region. Die Kontaktdaten findest Du auf den Seiten 23 bis 25.

Tariftreuegesetz beschlossen

Seit nunmehr zwei Jahren berichten wir im Grundstein über den Gesetzgebungsprozess zum Bundestariftreuegesetz und über die politischen Auseinandersetzungen darum. Zuletzt war die parlamentarische Debatte nahezu verstummt.

Am Ende wurde das Gesetz auf Ebene der Fraktionsspitzen verhandelt. Anders als in der vergangenen Legislaturperiode traten dabei keine Informationen nach außen, bevor das Gesetz am 26. Februar vom Bundestag verabschiedet wurde.

Lange Debatte

Die Debatte selbst reicht dabei noch viel weiter: Bereits in den 2000er-Jahren begannen mehrere Bundesländer, eigene Vergabegesetze zu verabschieden, um sicherzustellen, dass bei öffentlichen Aufträgen branchenübliche Tariflöhne gezahlt werden. Derzeit haben 14 von 16 Bundesländern eigene Vergabegesetze zur Tariftreue, mit Ausnahme von Bayern und Sachsen. In acht Bundesländern gibt es nur eingeschränkte Regelungen, während sechs Bundesländer – darunter Berlin und Bremen – ihre Gesetze kürzlich verschärft haben. Auch in vier weiteren Bundesländern laufen Gesetzgebungsverfahren zur Einführung echter Tariftreue. Auch Kommunen nutzen diese Möglichkeit.

Bund zieht nach

Mit der Abstimmung im Bundestag ist dieser Prozess nun auch auf Bundesebene vollzogen. Das Gesetz soll sicherstellen, dass Unternehmen, die öffentliche Aufträge des Bundes erhalten, tarifliche Arbeitsbedingungen einhalten. Ziel ist es, Lohndumping zu verhindern und tarifgebundene Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund milliardenschwerer öffentlicher Investitionen gewinnt dieser Grundsatz an Bedeutung: Wenn der Staat baut, modernisiert und beschafft, soll dieses Steuergeld auch gute Arbeit sichern. Doch was taugt der verabschiedete Gesetzentwurf? Wir geben eine erste Einschätzung.

Zurück auf Start

In seinen Grundzügen entspricht das verabschiedete Gesetz dem ursprünglichen Entwurf. Das alleine muss als Erfolg gewertet werden, so sah sich die SPD immerzu mit einem Regierungspartner konfrontiert, der weitergehende Regelungen abwehrte (siehe dazu unseren Artikel in der Grundstein-Ausgabe November 2025; <https://igbau.de/Herbster-Tariftreue.html>). Dazu gehört auch: kein Kirschenpicken beim Tarifvertrag. Ein Tarifvertrag ist mehr als nur der Lohn, die wesentlichen Entgelt- und Arbeitsbedingungen, wie Arbeitszeiten oder Urlaub, gehören dazu und werden im verabschiedeten Gesetz berücksichtigt.



Foto: Adobe Stock

Eine aktuelle Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt: Die Mehrheit der Beschäftigten will Aufträge nur für Unternehmen die Tariflohn zahlen.



Eine zentrale Frage im Gesetzgebungsverfahren war zudem, wie tarifliche Arbeitsbedingungen für einzelne Branchen verbindlich festgelegt werden können. Hier konnte sich die Gewerkschaftsseite mit einer wichtigen Forderung durchsetzen: Es bleibt beim einseitigen Antragsverfahren. Das bedeutet, dass Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände eigenständig beantragen können, dass branchenspezifische Arbeitsbedingungen per Rechtsverordnung für öffentliche Aufträge verbindlich gemacht werden. Ein gemeinsamer Antrag beider Seiten – wie zeitweise diskutiert – hätte den Arbeitgebern eine Blockademöglichkeit gegeben. Ohne Zustimmung der Arbeitgeber*innen wäre eine Festsetzung der Tariftreuebedingungen kaum möglich gewesen. Neu ist allerdings: Das Bundesarbeitsministerium muss das Bundeswirtschaftsministerium künftig in das Verfahren einbeziehen. Verhindern kann dieses eine entsprechende Rechtsverordnung jedoch nicht.

Schwellenwert weiterhin zu hoch

Ein weiterer Streitpunkt war der Auftragswert, ab dem die Regelung zur Tariftreue greifen soll. Das Gesetz bleibt hier bei einem Schwellenwert von 50 000 Euro. Gerade im Baubereich wird ein erheblicher Teil

der öffentlichen Aufträge unterhalb dieser Grenze vergeben. Schätzungen zufolge würden fast ein Viertel der jährlich rund 22 000 Bundesaufträge im Bau gar nicht unter das Bundestariftreuegesetz fallen. Damit bleibt ein relevanter Teil der öffentlichen Bauvergaben weiterhin außerhalb der Tariftreuepflicht.

Keine Gleichstellung von Haustarifverträgen

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Frage, welche Tarifverträge als Grundlage für Tariftreue gelten. Auch hier bleibt es beim ursprünglichen Entwurf: Haustarifverträge werden nicht mit repräsentativen Branchentarifverträgen gleichgestellt. Arbeitgeber*innen können also weiterhin keine schlechteren Haustarifverträge nutzen, um Tariftreuepflichten zu umgehen.

Allerdings gibt es auch hier eine problematische Regelung: Unternehmen können künftig leichter vorab als geeignet für öffentliche Aufträge anerkannt werden – auch dann, wenn sie nur einen Haustarifvertrag anwenden, der schlechtere Bedingungen enthält als der maßgebliche Branchentarifvertrag.

Auch wenn das in den Branchen der IG BAU aktuell kaum eine Rolle spielt, ist dies kritisch zu sehen. Denn es schwächt einheitliche Tarifstandards.

Kontrollen bleiben bei der Prüfstelle

Am Kontrollsystem selbst wurde nicht gerüttelt. Die Prüfstelle Bundestariftreue bei der Knappschaft-Bahn-See (KBS), einem Verbundsystem aus Sozialversicherung, Ärzten und Gesundheitsdiensten, bleibt weiterhin für die Kontrolle zuständig. Neu ist ein elektronisches Meldeverfahren, das den Austausch von Bescheinigungen zwischen Unterneh-

men und Sozialversicherungsträgern erleichtern soll. Dieses Verfahren kann die Kontrollen effizienter machen und zugleich Unternehmen und Prüfstelle entlasten.

Lieferleistungen ausgenommen

Ein gewichtiger Kritikpunkt bleibt allerdings bestehen: Lieferleistungen wurden weitgehend aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes herausgenommen. Schon im ursprünglichen Gesetzentwurf waren sie stark eingeschränkt. Nun gelten Tariftreueanforderungen bei der Warenbeschaffung im Grunde nur noch für Sonderanfertigungen. Auch hier bleiben große Teile der öffentlichen Beschaffung außen vor. Im Klartext: Ob das Material zur Fertigung eines Baus in Bundesbesitz in einem tarifgebundenen Unternehmen gefertigt wurde, spielt keine Rolle.

Noch nicht am Ziel

Ob es tatsächlich zu mehr Tarifbindung führt, wird sich jedoch erst in der Praxis zeigen. Die Meinung derer, die es betrifft, ist indes klar: 59 Prozent der abhängig Beschäftigten sind dafür, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die Tariflöhne zahlen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Die Tariftreue bei Bundesaufträgen steht nun erstmals auf einer gesetzlichen Grundlage. Entscheidend wird sein, wie konsequent sie angewendet und kontrolliert wird – und ob es gelingt, die bestehenden Lücken künftig im Umsetzungsprozess zu schließen. Wie so oft gilt auch hier: Nach dem Gesetz ist vor dem Gesetz.

Hinweis der Redaktion: Die Annahme durch den Bundesrat stand zum Redaktionsschluss noch aus.

Tobias Wark

Keiner von uns?

Danial Bamdadi darf nicht Deutscher werden. Das hat das Verwaltungsgericht Stuttgart mit Verweis auf angeblich linksextreme Bestrebungen des Gewerkschafters begründet. Sein Kampf gegen rechts wird damit in sein Gegenteil verkehrt: Statt die Demokratie zu schützen, soll er sie dem Urteil nach abschaffen wollen.

Wer nach Deutschland kommt und Staatsbürger werden will, hat ein paar Hürden zu nehmen: Er oder sie muss hier seit mindestens fünf Jahren gelebt haben, ausreichend Deutsch sprechen, für den eigenen Lebensunterhalt sorgen und sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Bewerber*innen, die bürgerschaftlich engagiert sind, können sich sogar schon nach drei Jahren einbürgern lassen. Legt man diese Maßstäbe zugrunde, hat Danial Bamdadi eine Menge auf der Haben-Seite: 2012 flüchtete der damals 15-Jährige mit seiner Familie vor dem iranischen Mullah-Regime nach Deutschland, machte hier Abitur und studierte. 2020 begann er beim „Verein zur Bewahrung der Demokratie“ der IG Metall zu arbeiten, der sich für ein demokratisches Miteinander und gegen rechten Einfluss in den Belegschaften engagiert.

Bamdadi steht für vieles

Seit Jahren stellt er sich auf Demonstrationen der AfD, Pegida oder der NPD in den Weg.

Doch trotz oder gerade wegen seines zivilgesellschaftlichen Engagements hat das Verwaltungsgericht Stuttgart im März seine Klage auf Einbürgerung abgewiesen, nachdem das Ausländer-



Foto: Danial Bamdadi

Trotz zivilgesellschaftlichen Engagements wird Danial Bamdadi die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert.

amt Rems-Murr-Kreis seinen Staatsbürgerschaftsantrag abgelehnt hatte. „Das Urteil ist für mich schockierend“, sagt Bamdadi gegenüber dem Grundstein. Er habe, so die Argumentation des Verwaltungsgerichts, in der Vergangenheit linksextremistische Bestrebungen verfolgt und unterstütze auch gegenwärtig solche Bestrebungen noch.

Dünne Beweislage

Dabei stützte sich das Gericht überwiegend auf Vorwürfe des Bundesverfassungsschutzes. Darunter befindet

sich eine Aufzählung von Groß-Demonstrationen, an denen Danial als Ordner, Organisator oder Redner mitwirkte. Vor Gericht wurde insbesondere sein Mitwirken an Demonstrationen zum Internationalen Frauentag am 8. März hinterfragt.

Bamdadi, der vor Gericht von der ehemaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin vertreten wurde, weist die Einordnung zurück: „Mein Engagement beruht auf demokratischen Überzeugungen und nicht auf Gewalt“, betont der Gewerkschafter. Politische Auseinandersetzungen sollten aus seiner Sicht durch Diskussion und Überzeugungsarbeit geführt werden – „das mache ich tagtäglich bei meiner Arbeit“.

Zivilcourage unter Druck

Mittlerweile hat Bamdadi rund 60 Leumundbriefe vorgelegt, in denen Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften und Kultur seine demokratische Grundüberzeugung bestätigen. Der Fall wirft damit grundsätzliche Fragen auf: Welche Formen politischen und gewerkschaftlichen Engagements gelten als Ausdruck einer lebendigen Demokratie? Wann werden sie als Bedrohung interpretiert, und wer entscheidet darüber? Fest steht: Dieser Fall ist kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für eine staatliche Praxis, die Zivilcourage gegen rechts zum Problem stilisiert, statt sie zu fördern.

Christoph Mayer

Petition:

<https://www.change.org/p/danial-geh%C3%B6rt-zu-uns>



„Donaugenuss“ pur

Das Jahr fing für die Reiselustigen gut an. Im Februar haben sich über 200 Seniorinnen und Senioren im Parkhotel Cup Vitalis in Bad Kissingen zum 27. Bundesseniorentreffen eingefunden. Und im März haben 70 von ihnen eine Schiffskreuzfahrt auf der Donau unternommen.



Foto: Peter Behrendt

Gemeinsamer Austausch: Auf der Schiffstour mit anderen Mitglieder diskutieren Angelika Schmidt (Mitte) und Peter Behrendt (rechts).

Die Idee zur Donaufahrt entstand aufgrund zahlreicher Wünsche. Die GEW Ferien GmbH hat daraufhin in Absprache mit dem Bundesseniorenvorstand die Planung übernommen und realisiert. Zu Beginn wurden die bundesweit angereisten Passagiere der IG BAU herzlich begrüßt und mit aktuellen Informationen aus unserer Seniorenarbeit unterrichtet. Dabei standen die kommenden Bundesseniorentreffen in 2026 und 2027 im Fokus. Der Routenverlauf in den sieben Tagen beinhaltete sechs Stationen auf der wunderschönen Donau, die allesamt sehr interessant und erlebnisreich waren. Die 4-Länder-Reiseroute führte von Passau über Weiskirchen in der wunderschönen Wachau weiter nach Wien. Den Abend haben wir mit einer Lichterfahrt durch die Kaiserstadt genossen und den nächsten Tag mit einer Stadtrundfahrt mit Altstadtspaziergang zum Schloss Schönbrunn abgerundet.

Die MS „Antonia“ machte sich am nächsten Tag auf die Reise durch die Slowakei nach Esztergom in Ungarn, mit grandiosem Blick auf das gesamte „Donauknä“. Der vierte und fünfte Tag gehörte dann Budapest, mit umfassender Stadtrundfahrt, einer Nacht mit Folklore und am nächsten Tag die Highlights der Hauptstadt Ungarns. Am darauffolgenden Tag begann die Rückreise durch die Slowakei nach Bratislava, ein Tagesaufenthalt mit langem Stadtrundgang und Panorama-Bootsfahrt unter den Brücken. Am nächsten Tag fuhren wir weiter nach Melk in Österreich, zum Benediktinerstift, einem imposanten Barockbau. Der vorletzte Tag führte dann zurück nach Passau, der Endstation. Zum Abschluss der Reise meinte Kollegin Angelika Schmidt aus dem Landkreis Prignitz in Brandenburg begeistert: „Das war eine wunderschöne Schiffsreise, die ich jedem nur empfehlen kann! Die ausgewogene

Mischung aus Sehenswürdigkeiten, den gebotenen Veranstaltungen und die gehobene Küche waren ein ‚Donaugenuss‘! Außerdem ist es ein guter Treffpunkt von uns älteren IG BAU-Mitgliedern, um Gemeinsamkeiten auszutauschen.“

Peter Behrendt

Nächstes Treffen

„Sommerspezial“ in
Bad Kissingen,
Parkhotel Cup Vitalis:

acht Tage vom 14. bis 21. Juli
ab 868 Euro pro Person.

Informationen und
Anmeldung bei Marina Mögel:
Tel: 0351-2656338.

E-Mail:
cup.dresden@t-online.de
oder Fax: 0421-2036050

Mitbestimmen – der Schlüssel zur Gleichstellung

Der Internationaler Frauentag und der Equal Pay Day 2026 haben in diesem Jahr einmal mehr scho-nungslos offengelegt, wie es um die Gleichstellung tatsächlich steht. Sie machen deutlich, wie viel wir Frauen noch zu tun haben.

Denn die Realität ist: Frauen verdienen weniger, arbeiten häufiger in Teilzeit, tragen den Großteil der unbezahlten Arbeit und sollen sich dafür auch noch rechtfertigen. Die Analysen zeigen längst, was Sache ist: Das ist kein individuelles Problem. Das ist strukturelle Ungleichheit. Und sie ist politisch gemacht.

Der Equal Pay Day 2026 ist kein symbolischer Aktionstag – er ist ein Armutszeugnis. Er zeigt, dass Frauen jedes Jahr Wochen ihres Lebens faktisch unbezahlt arbeiten. Besonders in Betrieben ohne Tarifvertrag spüren wir die Ungleichheit hautnah. Genau deshalb müssen wir mitbestimmen – in Betriebsräten, in Bezirksverbänden, überall wo Entscheidungen fallen. Nur wer sich einbringt, kann gute Tarifverträge durchsetzen, Lohnlücken schließen und echte Veränderungen erzwingen. Wer wartet oder sich raushält, akzeptiert weiter Benachteiligung. Wer aktiv wird, sorgt dafür, dass Gleichstellung nicht

länger Wunsch bleibt, sondern Realität wird.

Frauen werden abgewertet

Die Antwort kann nur lauten: Wir dürfen es nicht mehr akzeptieren. Gleiche Bezahlung ist kein Verhandlungsthema. Transparenz ist kein Nice-to-have. Und Tarifverträge sind kein bürokratisches Hindernis, sondern ein Machtinstrument – gerade für Frauen.

Die IG BAU-Frauen machen zum 1. Mai wieder deutlich: Wer von Respekt spricht, muss ihn auch bezahlen. Gerade in Branchen wie der Gebäudereinigung wird systematisch abgewertet, unsichtbar gemacht und schlecht entlohnt. Das ist kein Zufall – das ist gewollt. Und währenddessen wird Gleichstellung politisch wieder infrage gestellt. Errungenschaften werden relativiert, Fortschritte kleingeredet. Das ist kein Rückschritt aus Versehen. Das ist ein Angriff.

Die entscheidende Frage ist also nicht mehr, ob wir etwas verändern müssen – sondern wer es tut. Und die Antwort liegt auf der Hand: Wir selbst! Betriebsräte und Bezirksverbände sind keine Neben Bühnen. Sie sind Orte, an denen Macht organisiert wird. Und solange Frauen dort unterrepräsentiert sind, wird Gleichstellung nie wirklich umgesetzt.



Foto: privat

„Gleiche Bezahlung ist kein Verhandlungsthema. Transparenz ist kein Nice-to-have.“

Sandra Carnaghi, Stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende und Mitglied im BZV-Vorstand Nordhessen.

Deshalb: Traut Euch. Mischt Euch ein. Niemand kennt unsere Probleme in der Gleichstellung so gut wie wir selbst. Kandidiert bei den Betriebsratswahlen. Geht in die Bezirksverbände. Nehmt Euch den Raum, der Euch zusteht. Gleichstellung wird uns nicht geschenkt. Wer nicht an den Schaltstellen der Macht sitzt, wird von ihnen bestimmt.

Sandra Carnaghi

Tarif-Update: Änderungen für Azubis

Irgendwo läuft im Bundesgebiet immer eine Tarifverhandlung. Wir geben einen Überblick zu den wichtigsten Erfolgen der IG BAU.

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst der Länder – TV-L (ohne Hessen):

Die spezifischen Bedingungen in der Forstwirtschaft im öffentlichen Dienst werden im TV-Forst und im TVA-Forst (für Auszubildende) geregelt. Für Auszubildende besonders relevant: die Ausbildungsentgelte und Übernahmeregelungen. Folgendes wurde erreicht: Bei einer Laufzeit von 27 Monaten, bis zum 31. Januar 2028, erhöhen sich die Tabellenentgelte in drei Schritten: ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens um 100 Euro, zum

1. März 2027 um zwei Prozent und zum 1. Januar 2028 um ein weiteres Prozent. Auszubildende erhalten ab den ersten beiden Erhöhungszeitpunkten jeweils 60 Euro mehr pro Monat und ab dem 1. Januar 2028 nochmals 30 Euro. Ab 1. Juli 2026 erhöht sich die Schichtzulage auf 60 Euro und die Wechselschichtzulage auf 150 Euro. Der besondere Kündigungsschutz wird auf die neuen Bundesländer übertragen und die vermögenswirksamen Leistungen für Auszubildende in den neuen Bundesländern auf das Westniveau angehoben. Die Übernahmeregelungen für Auszubildende werden wieder in Kraft gesetzt.

Weitere Tarif-News:

Im Rahmen der **Haustarifverhandlung für SPIE EF** wurde unter anderem eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 2,5 Prozent zum 1. März 2026 er-

„Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung für Auszubildende und junge Beschäftigte ein, sei es im Betrieb oder in der Gesellschaft. Wir fordern Gleichberechtigung und gleiche Chancen für alle.“

Nicole Simons, Stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BAU

reicht. Ebenso gibt es für die Auszubildenden eine Einmalzahlung für Januar und Februar über 75 Euro. Auch beim Unternehmen **Apleona Technisches Facility Management** wurden Tarifeinigungen erreicht. Ab dem 1. Februar 2027 erhalten Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr 1025 Euro, im zweiten 1130 Euro, im dritten 1230 Euro und im vierten Ausbildungsjahr 1335 Euro. Ebenso wurde ein tarifliches Weihnachtsgeld vereinbart. Wenn Du mehr zu einer Tarifrunde wissen willst, frag gerne direkt in Deinem Mitgliederbüro nach. Kontaktdaten auf den Seiten 23 bis 25.

Kontakte

Weitere Tarif-News bekommst Du über die IG BAU App, die Homepage www.igbau.de und über die Fachgruppenarbeit. Schau doch gerne einmal vorbei. Tipps und Angebote findest Du auf der Landingpage: www.junge.igbau.de



Foto: Alireza Khalili

Mehr drin für Auszubildende dank Tarifvertrag.



**Viel
falt.**
Mediathek

**Bundesministerium für Bildung,
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ stehen zahlreiche Materialien zum Download kostenlos zur Verfügung. Die Themen reichen von Antisemitismus über Demokratieförderung, Hass im Netz und Islamismus bis zu Queerness oder Verschwörungstheorien. Dazu werden umfassend Praxismaterialien, Argumentationshilfen, Fachliteratur, Studien und vieles mehr zur Verfügung gestellt. www.vielfalt-mediathek.de



Auf'm Bau

Die Dokumentation zeigt Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen, die um ihren Lohn geprellt oder illegal beschäftigt wurden. Monatelang arbeiten sie auf fränkischen Baustellen, verlegen kilometerweit Glasfaserkabel, schuften unter hohem Druck. Erst spät wird ihnen klar: Sie wurden systematisch betrogen. Die IG BAU sowie die Beratungsstelle Faire Mobilität beraten und ordnen die Fälle ein.

www.medienwerkstatt-franken.de/video/aufm-bau-pe-santier/




Kinotipps

Gelbe Briefe

Derya und Aziz, ein Künstlerehepaar aus Ankara, führen mit ihrer 13-jährigen Tochter Ezgi ein erfülltes Leben, bis ein Vorfall bei der Premiere ihres neuen Theaterstücks alles verändert. Über Nacht geraten sie ins Visier des Staates und verlieren ihre Arbeit und ihre Wohnung. Sie gehen nach Istanbul. Während sich Aziz mit Gelegenheitsjobs durchschlägt und an seinen Überzeugungen festhält, sucht Derya nach einem Ausweg, der sie finanziell unabhängig macht. Nach und nach vergrößert sich die Distanz zwischen ihnen und ihrer Tochter. Am Ende müssen sie sich zwischen ihren Wertevorstellungen und der gemeinsamen Zukunft als Familie entscheiden. *Der Film von İlker Çatak läuft seit dem 5. März in den Kinos.*



Ich verstehe ihren Unmut

Der Spielfilm zeigt, unter welchen harten Alltagsbedingungen eine Objektleiterin in der Reinigungsbranche arbeiten muss. Heike eilt zwischen Spielhalle, Modegeschäften und Altenheim hin und her und kontrolliert die Arbeit ihrer Leute. Notfalls muss sie selbst Hand anlegen. Sie nimmt am Telefon die Beschwerden unzufriedener Kund*innen entgegen und hört sich das Gemecker ihres Chefs Kemal an. Dieser findet nicht genug Personal und nimmt sich einen Subunternehmer. Als die 59-Jährige in eine ausweglose Situation von illegal Beschäftigten, Arbeitskräftemangel und Schwarzarbeit geraten ist, kommt sie an ihre Grenzen. *Regisseur Kilian Armando Friedrich, ab 4. Juni in den Kinos.*



Veranstaltungen

**Ruhrfest
Spiele 2026:
1. Mai – 13. Juni!**

Ruhrfestspiele Recklinghausen

Vom 1. Mai bis 13. Juni öffnen die Ruhrfestspiele ihre Türen. Mit dem Kulturvolksfest auf dem Grünen Hügel beginnt um 15 Uhr die Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Motto: „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“.

Im Großen Festspielzelt hält Schriftstellerin Ursula Krechel am 3. Mai die Eröffnungsrede. In den darauffolgenden Tagen steht ein buntes Programm aus Schauspiel, Tanz, Kabarett, „Neuem Zirkus“ und kreativem Theaterlabor im Bürgerhaus Süd an. Alle Infos stehen unter www.ruhrfestspiele.de
Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen unter: info@ruhrfestspiele.de
Tickets erhältlich unter Kartenstelle der Ruhrfestspiele: Martinistraße 28, 45657 Recklinghausen, Tel. +49 2361 9218-0, E-Mail: kartenstelle@ruhrfestspiele.de

Landesgartenschauen

Ab April finden einige Landesgartenschauen statt, eine Bundesgartenschau gibt es dieses Jahr nicht. Folgende



Foto: Adobe Stock

Städte präsentieren, Gartenkunst, Nachhaltigkeit und regionale Städteplanung auf höchstem Niveau: Bad Nenndorf, Neuss und Ellwangen sowie Leinefelde-Worbis und Oschatz. Mehr Informationen dazu findet ihr im Internet unter dem Suchwort: „Landesgartenschau 2026 Übersicht“.

Europawochen

Vom 30. April bis 31. Mai steht Europa in allen Bundesländern im Mittelpunkt. In diesen Wochen können sich Bürger*innen über europäische Themen informieren, ob in den Hochschulen, Schulen, Verbänden oder Vereinen. Ein buntes politisches Programm zum Mitmachen wird geboten, um Europa erlebbar und nahbar zu machen. Mit dem Suchwort „Europawochen 2026“ im Internet findet man bundesweite Projekte.

Zeche Zollverein feiert Jubiläum

Die Zeche Zollverein in Essen ist nun schon seit 25 Jahren UNESCO-Welterbe. Passend zum Jubiläumsjahr eröffnet am 7. Juni ein neuer zentraler Anbau – welcher digital sein wird sowie über die Entwicklungen der vergangenen Jahre des Zollvereins informiert.

www.zollverein.de



Foto: Adobe Stock

Mehr Schwerbehinderungen durch Post-COVID

Das Sozialgericht Speyer hat der Klage stattgegeben und das beklagte Land Rheinland-Pfalz zur Feststellung eines Schwerbehindertengrades in Höhe von 50 verurteilt.

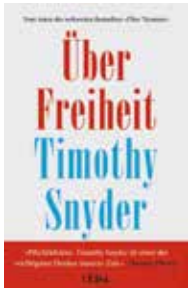
Das war der Fall: Ein Kläger, der eine befristete Erwerbsminderungsrente bezieht, infizierte sich im März 2021 mit dem Coronavirus. Obwohl die dadurch verursachte Erkrankung zunächst einen milden Verlauf nahm, leidet er seitdem unter dem sogenannten „Post-Covid-Syndrom“ mit krankhaften Erschöpfungszuständen, psychischen Problemen sowie Konzentrations-, Wortfindungs- und Gedächtnisstörungen. Er beantragte die Anerkennung einer Schwerbehinderung. Das zuständige Versorgungsamt stellt nur einen Grad der Behinderung (GdB) von 30 fest. Sein Widerspruch blieb ohne Erfolg. Allein der Umstand, dass der Kläger eine befristete Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung erhält und er seine Arbeitstätigkeit nicht mehr ausübt, folgt eine Höherbewertung des GdB nicht. Das Gericht sieht eine höhere Berücksichtigung des Klägers bei aufgegebener Berufstätigkeit und der Covid-19-Infektion, weil der Kläger seine Tage überwiegend ruhend und sozial zurückgezogen zu Hause verbringt.

Aktenzeichen S 12 SB 318/23,
Sozialgericht Speyer vom 3. Juni 2025



Foto: Adobe Stock

Unsere Empfehlungen



Über Freiheit

Das Buch handelt vom alltäglichen Rassismus und der Social Media-Überflutung unseres Denkens, von der aggressiven sozialen Ungleichheit und der

gigantischen Fehlentwicklung eines vergeudeten halben Jahrhunderts. Besonders Demagogen (übersetzt „Volksführer“, die Minderheiten diskriminieren und Ängste schüren) wie US-Präsident Donald Trump und digitale Oligarchen im Silicon Valley schaffen ein negatives Meinungsbild. Autor und Historiker Timothy Snyder ruft unermüdlich auf, die Zukunft endlich in die Hand zu nehmen und uns gegen die Welle der Unfreiheit zu wehren. C.H. Beck Verlag, 29,90 Euro

Memokratie

Soziale Medien und autoritäre Bildpolitik nimmt Wolfgang Ullrich unter die Lupe. KI-Bilder und Trolle fluten das Netz mit zynischen Memes. US-Präsident Trump inszeniert sich als Immobilienmogul in „Gaza-Riviera“, autoritäre Politik wird

so über Internethumor bagatellisiert. Steuern wir auf eine Memokratie zu? Ullrich diagnostiziert eine neue Regierungsform. In ihr herrscht, wer die Plattformen dominiert oder gleich besitzt. Anhand von Beispielen werden Strategien autoritärer Bildpolitik in den USA, Europa sowie in China untersucht. Warum fällt es demokratischen Kräften so schwer, diesem enthemmten Bildgebrauch etwas entgegenzusetzen? Wagenbach Verlag, 23 Euro



Keine Zeit für Apathie, keine Zeit zu schweigen

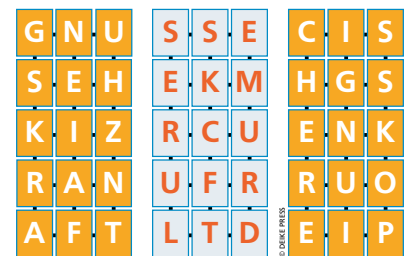
Mut, sich einzumischen, eigene Ideen einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Ob in der Schule, Nachbarschaft oder digitalem Raum: Das Buch von Harald Roth richtet sich an Menschen, die nicht nur lamentieren, sondern Einsatz zeigen wollen. Entschlossene Gegenwehr ist jetzt nötig. Historiker*innen, Kultur- und Politikwissenschaftler*innen kommen zu Wort, die sich mit Rechtsextremismusforschung und Erinnerungskultur auseinandersetzen. Fazit: Demokratie muss täglich gelebt, verteidigt und erneuert werden. Dietz Verlag, 22 Euro

Teilnahmebedingungen

Beschäftigte der IG BAU und deren Angehörige sind von der Preisvergabe ausgeschlossen. Angehörige von Mitgliedern sind jedoch teilnahmeberechtigt. Die Gewinner*innen werden aus allen richtigen Einsendungen ausgelost und benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Herzlichen Glückwunsch ...

... an die Gewinner*innen des letzten Rätsels mit den Lösungswörtern:



Anziehungskraft, Luftdruckmesser und Sicherungskopie.

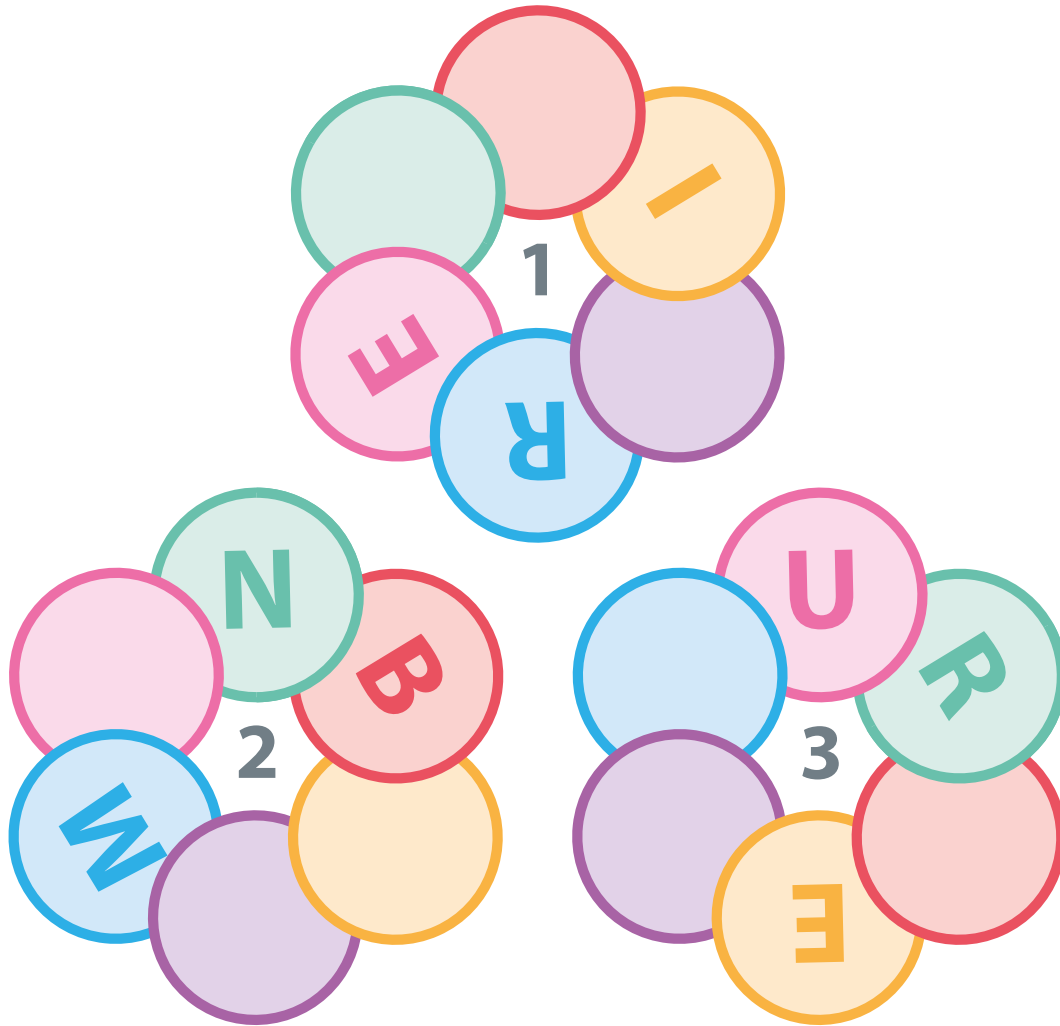
Die Präsente sind bereits verschickt.



Gestern wie heute
Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.

Otto Brenner, 1968

RÄTSEL



© DEIKE PRESS

Rätseln und *gewinnen*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in dieser Ausgabe werden drei deutsche Städte
gesucht. Die Buchstaben bitte kreisförmig ein-
setzen. Diese können entweder im oder gegen
den Uhrzeigersinn verlaufen. Bitte die Lösungs-
wörter mit der jeweiligen Nummerierung auf
einer Postkarte oder per E-Mail mit deutlicher
Absenderangabe schicken an
Redaktion „Der Grundstein“,
IG Bauen-Agrar-Umwelt,
Olof-Palme-Straße 35, 60439 Frankfurt am Main
oder preisraetsel@igbau.de
Einsendeschluss ist der 26. Mai 2026.
(Datum des Poststempels). Viel Glück!



1. Preis:
GEW-Reisegutschein
über 50 Euro



3. Preis:
Ladekabel

2. Preis:
Kühltasche



Beispielfotos

Wusstest Du schon ...

... dass wir Dich in zahlreichen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen unterstützen und vertreten?

Es gibt viele Beispiele dafür, wie wir unseren Mitgliedern den Rücken stärken und ihnen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche direkt helfen können. Viele wissen nicht, dass wir als IG BAU in allen Fragen zu Streitigkeiten mit der*m Arbeitgeber*in sowie gegenüber Sozialversicherungsträgern – wie den Krankenkassen, der Agentur für Arbeit oder der Rentenversicherung – unterstützen und auch mit Hilfe der DGB Rechtsschutz GmbH Ansprüche direkt durchsetzen können.

Der Rechtsschutz ist eine der wichtigsten Säulen unserer gewerkschaftlichen Leistungen und kommt gleich nach dem Anspruch auf tarifliche Leistungen. Die häufigsten Anfragen mit der Bitte um Unterstützung, gibt es bei der **Gehaltsabrechnung**.

Bitte die Abrechnung jeden Monat genau prüfen, ob die ausgezahlten Stunden mit der Übersicht zu den tatsächlich geleisteten Stunden übereinstimmen. Nur so können die Fehler entdeckt und die*der Arbeitgeber*in zur Nachzahlung aufgefordert werden.

Bei der Geltendmachung von Ansprüchen gibt es Fristen, die beachtet werden müssen. So ist es beispielweise in der Gebäudereinigung: Zwei Monate nach Fälligkeit des Anspruches läuft die Frist ab, und man bleibt auf der Forderung sitzen.

Wir ermutigen jedes Mitglied aktiv für seine korrekte Bezahlung einzustehen und diese auch einzufordern.

Wir freuen uns, wenn wir unterstützen können.



**Kontakt zu Deinem Mitgliederbüro
findest Du auf den Seiten 23 bis 25.**



Bildung beginnt mit Neugierde.

Das Bildungswerk Steinbach e.V. gibt den Raum und stellt die Inhalte zur Verfügung, mit denen Betriebsräte in der betrieblichen Praxis die Rahmenbedingungen gestalten können. Wir vermitteln das fachliche Wissen und ermöglichen die Persönlichkeitsentwicklung von Betriebsratsmitgliedern für eine effektive Vertretung der Beschäftigteninteressen.

Es gibt Umstände, die eine Fokussierung auf die eigenen Herausforderungen erforderlich machen. Für diese Fälle bieten wir Euch Seminare, die wir zeitlich flexibel und inhaltlich speziell auf die Bedürfnisse Eures Gremiums anpassen können.

Diese spezielle Seminarform bietet Euch viele Vorteile:

- Praxisnahe Wissensvermittlung
- Einheitlicher Wissensstand im Gremium
- Stärkung der Gremiumszusammenarbeit und Teamdynamik
- Flexibilität

Noch freie Plätze

BR III –

Beteiligung des Betriebsrats bei sozialen Angelegenheiten*
18. bis 22.05.2026

Mobbing, Bossing, Staffing –
Wenn systematischer Druck krank macht
27. bis 29.05.2026

* plus Einzelgespräche mit einer professionell ausgebildeten Beraterin



Bildungswerk Steinbach e.V.

Das vollständige Seminarprogramm findet Ihr unter:

www.bildungswerk-steinbach.de

Mehr Infos und die Broschüre bei:

Kollegin Martina Dollinger und Kollegin Sonja Gärtner, Tel.: 06171/702 423
seminare@bildungswerk-steinbach.de



Smarter lesen!

Der Grundstein als E-Paper ...

... ist angereichert mit digitalen Funktionen, die das Lesen noch unterhaltsamer und multimedialer gestalten. Einmal anmelden, überall lesen: egal ob auf Deinem Computer, Smartphone oder Tablet – Dein Grundstein ist immer dabei!

Durch Verzicht auf Papier und Postversand leistest Du zudem einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie Deiner Gewerkschaft IG BAU.

Jetzt registrieren.

Einfach den QR-Code scannen oder Adresse eingeben:

deine.igbau.de/epaper

